Antifaschistisches info Blatt

Nr. 53 | Sommer 2001 | 6,– Mark

Staatliche Maßnahmen gegen »rechts«

Schwerpunkt

NS Szene

National befreite Zonen . »Revolutionäre Plattform« in der NPD

Schwertübergabe bei der Publikation »Der Freiwillige«

Antirassismus

Grenzcamp am Frankfurter Flughafen



Inhalt

AIB Nr. 53 2 · 2001

Rubriken

Titel 26

Titel Staatlicher Umgang mit »rechts«

NS-Szene

Rassismus

Staat und Repression

Antifa

Geschichte

International

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

030.6946795

aib@mail.nadir.org

www.nadir.org
/nadir/periodika/aib



22 Rassismus



Gastbeitrag 42

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Kurz bevor diese Ausgabe in den Druck gehen sollte, erreichten uns die Bilder von den Anschlägen in den USA. Unsere erste Reaktion war Trauer und Entsetzen über die vielen Todesopfer in New York, das für viele von uns ein Symbol für eine Stadt mit vielen unterschiedlichen Communities darstellt. Unser Entsetzen wird allerdings verstärkt angesichts der Reaktionen der politisch Verantwortlichen in den USA und der Bundesrepublik. Martialische Kriegsrhetorik, anti-islamische und anti-arabische Hetze und die Konstruktion einer vermeintlich »zivilisierten, westlichen Welt«, die sich nun vor allem gegen die Länder des Trikonts zusammen schließen soll, lassen das schlimmste befürchten. Sie treffen auf ohnehin schon weit verbreitete rassistische Ressentiments und Haltungen in der Bevölkerung und führen dazu, dass die Diskussion um Zuwanderung nun vollends von Rechts bestimmt wird. Nach dem Motto, »Grenzen dicht, die Reihen fest geschlossen«, werden EinwanderInnen als »Gefahr für die innere Sicherheit« stigmatisiert.

»Die ›zivilisierte Welt‹ führt seit Jahrzehnten einen Krieg gegen die Menschen in den so genannten »Entwicklungsländern«, schrieb die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen aus Berlin-Brandenburg in einem ersten Flugblatt. »Täglich sterben dort genau so viele Menschen wie am Dienstag in New York an den Folgen einer ausbeuterischen Wirtschaftsordnung – durch Hunger und an den Folgen von Armut, die von den Industriestaaten ganz bewusst produziert und ausgenutzt wir. Doch diese Toten erregen kaum Empörung. Wenn jetzt vom Angriff auf die Zivilisation geredet wird, zeugt das von einem Egoismus, der letztlich rassistisch ist. Das festzustellen, heißt nicht, den Terrorangriff gut zu heißen. Es bedeutet aber, sich entschieden dagegen zu stellen, Terror mit weiterem Staatsterror begegnen zu wollen.«

Trauer und emotionale Stimmung werden von der Politik nun für einen »Rache- und Vergeltungskrieg« und Forderungen nach drastischen Einschränkungen von bürgerlichen Freiheiten funktionalisiert. Bereits am Tag nach dem Anschlag in New York wurde der »Bündnisfall« der NATO beschlossen und die weitere Entwicklung zum Krieg in der Öffentlichkeit als schicksalhafter Automatismus dargestellt. Diesen vermeintlichen Automatismus gilt es zu durchbrechen und unseren entschiedenen Widerstand gegen Militarismus, gegen Nationalismus und rassistische Ausgrenzung auf die Straße zu tragen.

Eine massive Repressionspolitik und der Abbau von BürgerInnenrechten in Europa begann schon vor der Erklärung des NATO-Bündnisfalles. Eigentlich sollte an dieser Stelle ein Editorial zu den Ereignissen in Genua stehen: Die Erschießung Carlo Giulianis, die über 560 zum Teil lebensgefährlich verletzten Opfer der Polizeiüberfälle, Misshandlungen und Folterungen in den Gefängnissen. All dies hat in der »zivilisierten Gesellschaft« bestenfalls zu halbherzigen Reaktionen geführt. Schily und Schönbohm sekundierten den italienischen Verhältnissen mit der Forderung nach noch mehr Ausreiseverboten, Meldeauflagen und einer EU-Anti-Krawall-Polizei. Nach Göteborg und Genua droht der Einsatz von Schusswaffen gegen Demonstrationen zur Normalität zu werden. Kein Zweifel gegen die gastgebende Regierung des G8-Gipfels wurde laut. Die italienische Allianz aus Neoliberalismus und Faschismus hatte schon im Vorfeld des Gipfels eine systematische Politik der Spannung betrieben, die sich pauschal gegen alle richtete, die sich im linken Spektrum politisch engagieren. Mit dem Überfall auf die Diaz-Schule oder der Veröffentlichung von Namenslisten der AktivistInnen von »Tutte Bianche« und »Centri Sociale« in Berlusconi-Zeitungen soll ihnen Angst gemacht, soll politisches Engagement für die Würde des Menschen und gegen die kapitalistische Verwertungslogik unkalkulierbar werden.

Angesichts der internationalen Entwicklung spielt der Schwerpunkt dieser Ausgabe im öffentlichen Diskurs eine geringere Rolle. Ein anderer wesentlicher Artikel dieses Heftes, über die Diskussion der Neonazis um »Normalität« in den so genannten »national befreiten Zonen«, hat leider an Aktualität gewonnen. Der von der vermeintlich zivilisierten Politik eingeleitete »Kampf der Kulturen« spielt den Rechtsextremisten in die Hände und droht den Rassismus in der gesellschaftlichen Mitte zu verfestigen. Daher ist antifaschistische und antirassistische Arbeit mit einem internationalen Bewusstsein gerade jetzt notwendiger denn je. ■

In diesem Sinne Eure AIB-Redaktion

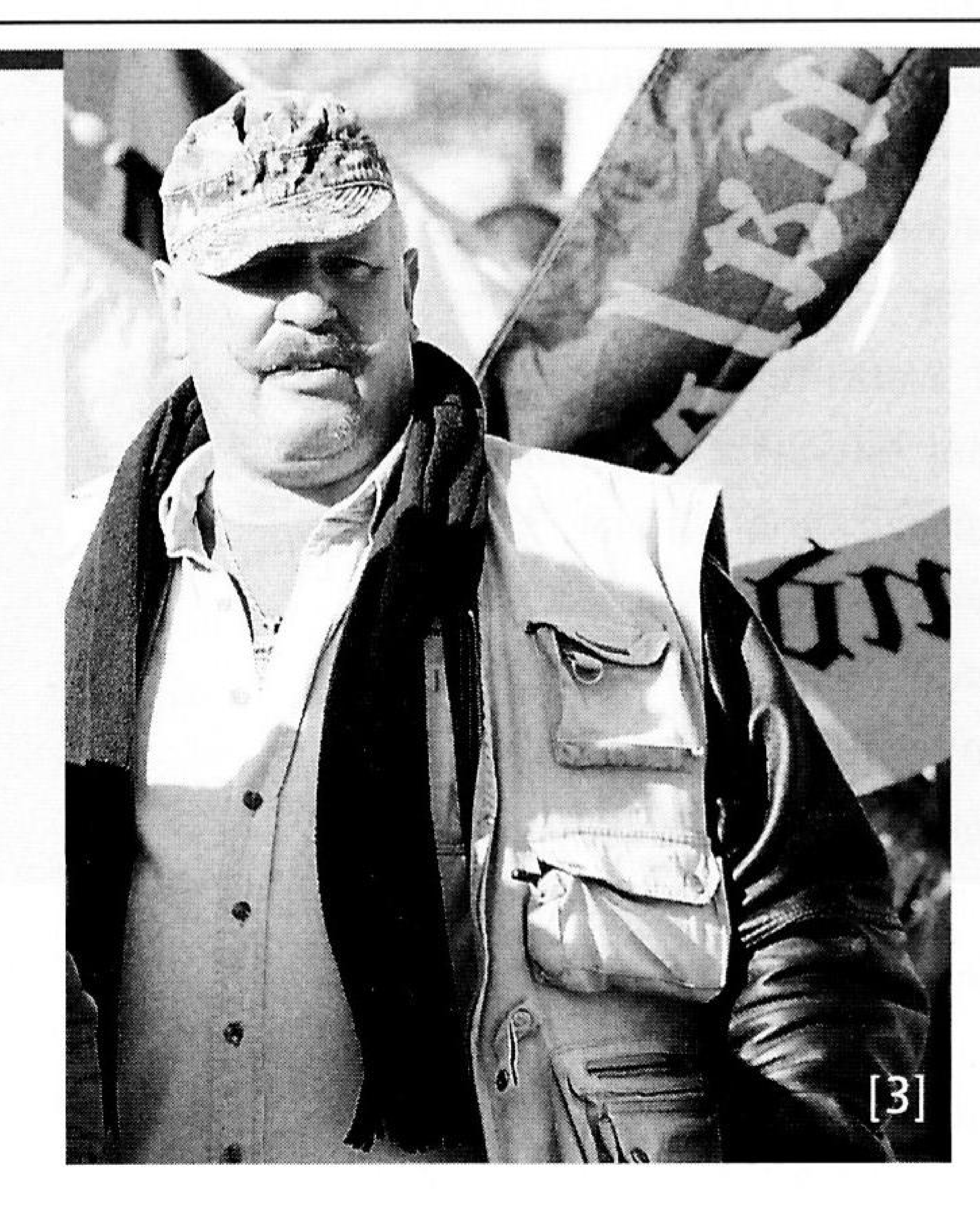


[1] Vereinte Rechte? DVU, NPD und »Republikaner« mit gemeinsamen Infostand in Bielefeld im Sommer 2001.

[2] Führungspersonal der »Republikaner«: Bundesvorsitzender Rolf Schlierer, Stv. Bundesvorsitzender Christian Kaes und der saarländische Landesvorsitzende Karl Werner Weiss (v.l.n.r.)

› Richtungsstreit bei »Republikanern«

Nach zwei verlorenen Wahlen ist bei den »Republikanern« (REP) der schon lange schwelende Richtungsstreit offen ausgebrochen. Bei der hessischen Kommunalwahl hatten sich die Mandate der extrem rechten Partei von 106 auf 53 halbiert. Das Absinken von 9,1 auf 4,4 Prozent bei den baden-württembergischen Landtagswahlen führte zum Ausscheiden aus dem Landtag. Anhänger und Funktionäre teilen sich schon länger in zwei Lager. Die Gruppe um den Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer ist bemüht, sich vom restlichen extrem rechten Spektrum abzugrenzen und versucht die REP als rechtskonservative Partei zu etablieren. Die Anhänger des baden-württembergischen Landesvorsitzenden Christian Käs hingegen sehen die Partei eher als Sammlungsbewegung der extrem rechten Szene und fordern eine »Kurskorrektur hin zu einem klaren Profil als Protestpartei«. Die Grabenkämpfe führen vor allem nach den verlorenen Wahlen in Hessen und Baden-Württemberg zu gegenseitigen Schuldzuweisungen und Rücktrittsforderungen. In Hessen konnte sich der zum Schlierer-Flügel gerechnete Landesvorsitzender, Haymo Hoch bei den letzten Vorstandswahlen nur noch nach einer Kampfabstimmung gegen die Konkurrenten der Gegenseite Erich Fuchs und Peter Schreiber durchsetzen. In Baden-Württemberg stellen die Anhänger von Christian Käs derzeit noch die Mehrheit. Dort stehen im Juli Vorstandswahlen an. Immerhin in der Sache richtig kommentierte Franz Schönhuber die Wahlverluste. In entscheidenden Fragen wie der »Bewahrung der nationalen Identität« seien die REP von der CDU überholt worden. ■



Siegfried »SS-Siggi« Borchert, seit mehr als 20 Jahren in der Naziszene auf Aufmärschen, in Fußballstadien und hinter dem Bierthresen aktiv.

› Zahltag für »SS-Siggi«

Mit einer Geldstrafe in Höhe von 120 Tagessätzen à 10,– DM endete am 3. April 2001 der Prozeß gegen den ehemaligen NRW-Landesvorsitzenden der FAP und Gründer der »Borussenfront« Siegfried Borchardt (47) aus Dortmund. »SS-Siggi« soll am 17. November des Vorjahres bei seiner von über 100 Gästen besuchten Geburtstagsfeier diese aufgefordert haben, Widerstand gegen die Einlaß begehrende Polizei zu leisten und auch selber Hand angelegt haben. Von den Anklagepunkten schwerer Landfriedensbruch, schwere Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte blieb allerdings nicht viel übrig. Borchardt wurde lediglich wegen Beihilfe zu schwerer Körperverletzung verurteilt. Unisono mit dem Verteidiger Andé Picker kam das Gericht zu dem Entschluß, dass der Polizeieinsatz, bei dem eine ganze Hundertschaft sowie die Feuerwehr eingesetzt wurden, unrechtmäßig gewesen sei. Die Einsatzleitung hatte angeordnet, zur Feststellung der Personalien den verbarrikadierten Partyraum mit schwerem Gerät zu stürmen, da zuvor mehrfach »Sieg Heil« gerufen worden sei. Ein Eindringen in Privaträume zwecks Feststellung der Personalien, gar ohne Gefahr im Verzug, richterliche Anordnung und hinzugezogene Zeugen, sei juristisch nicht haltbar, hieß es in der Urteilsbegründung. Darum sei auch der Vorwurf des Widerstands und schweren Landfriedensbruchs nicht aufrecht zu halten. Außer zwei Beamten des Polizeilichen Staatsschutzes Dortmund und Borchardts Gästen hätte auch niemand die wenige Male skandierten Parolen gehört. Ein gesetzwidriger Einsatz legitimiere jedoch nicht dazu, Polizeibeamte mit Flaschen und Latten anzugreifen. Borchardt habe seine Gäste hierzu zumindest ermuntert. ■

› Zehn Millionen für extreme Rechte

Die rassistische und nationalistische Propaganda der extrem rechten Parteien wird zu einem großen Teil vom Staat bezahlt. Das zumindest geht aus den Ende März 2001 veröffentlichten Rechenschaftsberichten der politischen Parteien für 1999 hervor. Fast 10 Millionen D-Mark allein aus der Parteienfinanzierung flossen in die Kassen der extremen Rechten. »Die Republikaner« (REP) erhielten knapp 5,8 Millionen D-Mark, die »Deutsche Volksunion« (DVU) 2,1 Millionen, die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) 1,2 Millionen und der Ende 2000 aufgelöste »Bund Freier Bürger« (BFB) bekam 700.000,– D-Mark. Ohne diese Zuschüsse wären die Parteien zwar noch nicht am Ende, ihr Handlungsspielraum wäre jedoch erheblich eingeschränkt. Die REP deckten mit 48 Prozent fast die Hälfte ihres Etats aus staatlichen Mitteln, der BFB rund 40 Prozent, DVU und NPD konnten etwa ein Drittel ihrer Gesamteinnahmen aus der Steuerkasse bestreiten.

Auf weitere Gelder können die Parteien der extremen Rechten hoffen, wenn sie in Landtagen vertreten sind. Die DVU zum Beispiel meldete in Brandenburg ihren Anspruch auf Zuschüsse aus der Landeszentrale für politische Bildung an. Zur Finanzierung politischer Bildungsangebote stehen der Partei derzeit ca. 26.000,– D-Mark zu. Wenn sie eine politische Stiftung gründen würde, könnte sie den gleichen Betrag noch einmal beantragen. ■

[4] Kundgebung des rechtsradikalen »Bund freier Bürger« gegen das Holocaustmahnmal in Berlin.

› Großspenden für NPD, REP & Co.

Aufgrund der Erfahrungen aus der Weimarer Republik und der Zeit des Nationalsozialismus sollen die Parteien sichtbar machen, wer hinter ihnen steht und sie finanziert. Spenden von mehr als 20.000,– DM müssen mit der Adresse der Spender in den Rechenschaftsberichten veröffentlicht werden. 1999 waren dies:

Deutsche Volks Union

1.065.524,79 DM
Dr. Gerhard Frey,
Paosostr. 2, 81243 München

401.229,20 DM
Bruno Josef Raßmann,
Buchenring 36, 76297 Stutensee

35.510,– DM
Helmut Wolf,
Walter-Rathenau-Str. 8, 06792 Sandersdorf

26.548,10 DM
Günther Schwemmer,
Bundschuhstr. 36, 39116 Magdeburg

22.560,– DM
Rudi Wiechmann,
Birkenweg 2, 06785 Oranienburg

Republikaner

24.382,60 DM
Erich Celle,
Industriestr. 16, 55120 Mainz

20.208,– DM
Eduard Hauser,
Alfons-Käfer-Str. 52,
78056 Villingen-Schwenningen-Welgheim

40.589,07 DM
Josef Huchler,
Bahnhofstr. 10, 88447 Warthausen

27.768,– DM,
Dr. Rolf Schlierer,
Kernerstr. 2a, 70182 Stuttgart

Nationaldemokraten

25.000,– DM
Ernst Klemmeyer,
Bürgermeister Bunk-Str. 8B,
86154 Augsburg

64.040,– DM
Wolfgang Schüler,
Goetheplatz 9,
04430 Böhlitz-Ehrenberg

Bund freier Bürger

28.606,37 DM
Kristof Berking,
Schildarpstr. 10, 48712 Gescher

25.383,72 DM
Dr. Heiner Kappel,
Im Hopfengarten 10, 65812 Bad Soden

NPD verkauft Villa in Eningen

Die NPD hat ihre Villa in Eningen für 2,1 Millionen D-Mark an die Gemeinde verkauft. 1994 vererbten Frieda und Charlotte Krieg der Partei das herrschaftliche Haus und ein etwa 7,800 qm^2 großes Grundstück. Von Anfang an protestierte die »Initiative gegen ein Nazi-Zentrum in Eningen« gegen die rassistische Partei. Die Hoffnungen, Bund und Land könnten die damaligen Wahlkampfschulden der NPD von 800.000,– und 433.000,– D-Mark durch eine Pfändung der Villa eintreiben, erfüllten sich nicht. Lediglich eine Nutzung als Begegnungszentrum konnte die Gemeinde administrativ verhindern. Im Februar 2000 verlegte die NPD begleitet von erneuten Protesten ihre Landesgeschäftsstelle nach Eningen. Mehrfache Kaufangebote der Gemeinde wurden ignoriert. Zuletzt scheiterten Verhandlungen am Preis. Das änderte sich schlagartig mit der Diskussion um das Verbot der Partei. Im Januar 2001, als die Bundesregierung ihren Verbotsantrag einreichte, lag der Gemeinde ein Verkaufsangebot vor. Am 15. Mai unterschrieben NPD-Vorsitzender Udo Voigt und Bürgermeister Jürgen Steinhilber den Kaufvertrag. Im Falle eines Verbotes, würde auch das gesamte Parteivermögen eingezogen. Mit Hilfe der Gemeinde Eningen konnte die NPD nun den im Falle des Verbots vemutlich größten Verlustposten versilbern. Den Erlös kann sie jetzt bis zum Ende des Verbotsverfahrens ausgeben oder ins Ausland schaffen. ■

Ministerrücktritt nach SS-Treffen in Belgien

Am 10. 5. 2001 ist der flämische Innenminister Johan Sauwens wegen eines Auftritts vor 1500 belgischen SS-Vetranen und Ostfrontkämpfern von seinem Amt zurückgetreten. Sauwens hatte behauptet nichts vom politischen Charakter der Veranstaltung gewußt zu haben. Videobilder zeigen jedoch wie er das Lied der flämischen Waffen-SS »Vlams Legioen« mitsingt. ■

Aus der Bonehead-Szene

Interne Streitigkeiten I

Zu Auseinandersetzungen zwischen deutschen und italienischen Naziskinheads kam es am 13. 1. 2001 bei einem Konzert in der südtiroler Stadt Vahrn. Deutsche Teilnehmer des Konzertes, bei dem die Bands »Kaiserjäger« (Brixen), »Südfront« (Meran) und »Vogelfrei« (BRD) auftreten wollten verweigerten Mitgliedern der italienischen »Fronte Veneto Skinheads« mit der Parole »Südtirol bleibt deutsch« den Einlaß. Die ausbrechende Massenschlägerei wurde von der italienischen Polizei aufgelöst. Da die italienischen NS-Skins auf die Zugehörigkeit Südtirols zu Italien bestehen rufen deutsche Naziskins zum Boykott italienischer Konzerte auf. ■

Interne Streitigkeiten II

Laut einer Mitteilung auf der Internetseite der Moskauer Skinheadband »Kolovrat« ist die russische Sektion der Hammerskins aus dem weltweiten Dachverband, der »Hammerskinnation« ausgeschlossen worden. Hintergrund ist, dass die Russen angeblich der »slawischen Rasse«, also quasi dem »Untermenschentum« zugeordnet werden und somit nicht Mitglieder in dieser »arischen Bruderschaft« sein können. ■

Gedenkkonzert für Marcel Schilf

Zu Ehren des Ende Januar in Dänemark verstorbenen »Blood & Honour« (B & H) Nazikader Marcel Schilf veranstaltete »B & H« England und die Terrorgruppe »Combat 18« am 10. März ein Gedenkkonzert. Bei dem Konzert traten neben den englischen Bands »Blackshirts« und »Razors Edge« auch die deutschen Bands »Oidoxie« (Dortmund) und »Hate Society« (Bamberg) auf. Beim Sänger der Band »Hate Society« Bernd Peruch handelt es sich um eine der Führungspersonen der verbotenen Sektion »B & H« Deutschland. ■

Internationaler Nazi-Musikvertrieb in Norwegen zerschlagen

Hausdurchsuchungen im April 2001 bei zwei führenden norwegischen Nazis führten zur Beschlagnahme von rund 30.000 »White Power« Musik-CDs und umgerechnet etwa 120.000 D-Mark durch die norwegische Polizei. Die Razzien bei Tore Wilhelm Tvedt und bei dem bereits wegen Bombenlegens verurteilten Ole Krogstadt folgten auf Beschwerden, die verschiedene Organisationen wegen rassistischer Hetze im Internet und in der Nazi-Zeitschrift »Vigrid« eingereicht hatten.

Bei Krogstadt fand die Polizei eine der wahrscheinlich größten Bestände von rassistischem Propagandamaterial in Nordeuropa sowie fast eine halbe Million norwegische Kronen (mehr als 100.000 DM) in bar. Tvedt ist der Führer der bizarren Nazi-Sekte »Vigrid«. In ihrer gleichnamigen Zeitschrift und auf ihrer Internet-Seite hat die Gruppe widerlichste antisemitische und rassistische Hetze verbreitet. »Vigrid« bezeichnet sich als norwegischer Ableger der »National Alliance« des US-Nazis William Pierce. Als Pierce 1999 das schwedische Neonazilabel »Nordland« übernahm, das bis Ende der 90er Jahre zu den internationalen Marktführern in Sachen »White Power« Musik gehörte, bekam Krogstadt die Lagerbestände von »Nordland«. Krogstadt und Tyedt erwartet nun eine Anklage wegen Aufstachelung zum Rassenhass und illegaler Geschäfte mit bis zu 3 Jahren Gefängniss. ■



› Anzeige gegen Hitlerbild des »Spiegel«

Der Berlin-Gedächtnis-Verein erstattete Strafanzeige, der Leipziger Pfarrer Christian Führer beschwerte sich beim Deutsche Werberat. Der »Spiegel«-Titel der Ausgabe vom 7. Mai zeigte Adolf Hitler mit »deutschem Gruß«, im Hintergrund sind Hakenkreuz und Reichsadler zu sehen. Das gleiche Bild soll auf bundesweit verbreiteten Plakaten für die zwanzigteilige Spiegelserie »Hitlers lange Schatten« werben. Der Sprachwissenschaftler Siegfried Jäger vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) erklärte gegenüber der »Netzzeitung«, die Kampagne stelle gewollt oder ungewollt »ein Stück Heldenverehrung« dar. Gleichzeitig würde der Figur »Adolf Hitler« die alleinige Schuld am Desaster des Nationalsozialismus zugeschrieben. In der aktuellen »Spiegel«-Berichterstattung sei ihm nichts aufgefallen, was über Hitler hinaus »auf die Wurzeln des Faschismus hindeutet«. ■

› Teilerfolg bei Bühnenbesetzung

Rund 100 Studierende der Münchener Universität protestierten am 3. Mai 2001 gegen die Eröffnungsveranstaltung der Ausstellung »ODSUN – Vertreibung der Sudetendeutschen« und besetzten die Bühne der Aula. Der Protest richtete sich gegen die revanchistische Politik der »Sudetendeutschen Landsmannschaft« und deren Verharmlosung des Holocaust. Im Einladungsschreiben zur Veranstaltung zitiert die Landsmannschaft die Behauptung, die Vertreibung der Sudetendeutschen sei die »schlimmste ethnische Säuberung der ganzen Weltgeschichte« gewesen. Wenngleich diese Aussage von US-Präsident George W. Bush stammen soll, steht sie für eine in Vertriebenenkreisen weit verbreitete Auffassung. Der Münchener Kreisobmann der Landsmannschaft Johann Slezak nannte zum Beispiel eine vom AStA der Universität gezeigte Ausstellung zur »Arisierung« jüdischen Eigentums eine »Provokation«.

Zwar mussten die Studierenden nach einer Stunde der Gewalt eines Großaufgebots der Polizei weichen und die Aula verlassen, die festliche Eröffnungsrede des Kaiserenkels Otto von Habsburg konnten jedoch aufgrund der Verzögerung nicht mehr gehalten werden. ■

› Antifaschistische Kommunikationsguerilla

Das Bezirksamt von Lichtenberg-Hohenschönhausen distanzierte sich von der Aktion »Rechte Gewalttäter stoppen«. An die Einwohner des Berliner Bezirks war ein Flugblatt verteilt worden, auf dem der Briefkopf des Bezirksamtes prangte. Darin war zu der »Bürgeraktion« aufgerufen worden. Das »amtliche« Schreiben nannte auch die Namen und Adressen von acht Hohenschönhausern, von denen die meisten an einem Krawall in Alt-Friedrichsfelde beteiligt waren. Dort hatten Neonazis am 17. März 2001 einen Vortrag über das Leben des SS-Kriegsberichterstatters Kurt Eggers gehört. Als AntifaschistInnen vor dem Lokal gegen die Veranstaltung protestierten, waren die Nazis mit Billiardstöcken und Barhockern bewaffnet auf die Straße gestürmt. Die BürgerInnen werden aufgefordert die in dem Flugblatt namentlich Genannten zur Rede zur stellen. ■

› Razzia nach Anzeige von NS-Verbrecher

Die Klage des NS-Verbrechers Karl Friedrich Titho war Anlass für Hausdurchsuchungen in Detmold. Am 6. April 2001 wurden in der »Alten Pauline« und in drei Wohnungen von Mitgliedern der »Kulturinitiative Detmold« u.a. Computer und Vereinsunterlagen beschlagnahmt. Die Oberstaatsanwaltschaft ermittelte wegen der Urheberschaft eines im Internet verbreiteten Textes, in dem Titho als »Nazi-Mörder« und »Henker von Fossoli« bezeichnet wurde.

Die Vergangenheit des ehemaligen SS-Untersturmführers, der in Horn bei Detmold lebt, war in letzter Zeit öffentlich diskutiert worden. Titho wurde in den Niederlanden wegen Misshandlungen im KZ Vught und wegen der Mitwirkung an der Erschießung von 70 sowjetischen Kriegsgefangenen verurteilt. Seine Rolle in Italien ist bislang juristische noch nicht vollständig aufgearbeitet. 1944 war er Lagerleiter des Polizeidurchgangslagers im italienischen Fossoli und später in Bozen. Von dort wurden Juden und Oppositionelle in die deutschen Vernichtungslager deportiert. Seine Mitwirkung an einer sog. »Vergeltungsmaßnahme« der Nazis, der Erschießung von 70 italienischen Gefangenen, ist ebenso belegt wie Misshandlungen und Folterungen, die unter seiner Lagerleitung in Bozen geschahen. Die deutsche Justiz belangte den NS-Verbrecher bislang überhaupt nicht. ■

Der Kampf um Normalität

»National befreite Zonen« in der Nazi-Diskussion

In den Konzepten der NPD spielt die gewalttätige Durchsetzung so genannter »national befreiter Zonen« (NBZ) eine wichtige Rolle. Aber was geschieht, wenn Gewalt und Einschüchterung dazu geführt haben, dass Neonazis kaum mehr mit antifaschistischem Widerstand konfrontiert werden? Eigene Häuser, Zentren, Kneipen oder Läden und eine umfassende Kulturpolitik tragen in vielen Regionen zur Verfestigung des neonazistischen Milieus bei. Die neuere Diskussion in NPD und Neonaziszene über das Konzept der »national befreiten Zonen« geht noch darüber hinaus.

» Wurden vor zehn Jahren »national befreite Zonen« noch als militant eroberte Stadtteile oder Räume verstanden, beschreiben die jüngeren Diskussionen vor allem einen Weg der Normalisierung von Neonazis innerhalb der Bevölkerung. Es sind Orte, »wo nationale Menschen als Teil der Gemeinschaft respektiert und nicht mit politischer Verfolgung diskriminiert und ausgegrenzt werden«.[1] Somit bildet die Schnittstellensuche bzw. das Aufgreifen lokaler Themen mit (partiell) Gleichgesinnten einen neuen Aspekt in diesen Diskussionen. Diese inhaltliche Verschiebung ist zum einen ein Zugeständnis an die politische Realität und zum anderen dem inflationären Gebrauch dieses Begriffes geschuldet. Es hat nun einmal wenig mit den ursprünglichen Ideen zu tun, wenn die bayrische NPD einen ausgebauten Bauernhof als »national befreite Zone« bezeichnet.[2]

Was diese neuerlichen Erörterungen mit dem ursprünglichen Konzept eint, ist das »Zielgebiet«: Die neuen Bundesländer. Für den westlichen Teil der BRD sehen NPD-Kreise nur bedingt direkte Aktionsmöglichkeiten. Exemplarisch die baden-württembergische NPD, für welche das »vorläufige Etappenziel (...) die Erfassung der strategischen und taktischen Möglichkeiten innerhalb der Großstadt und die Nutzung dieser Daten« ist.[3]

Rückblick

Worum ging es dem »Nationaldemokratischen Hochschulbund« im Juni 1991? Was damals in deren Strategieblatt »Vorderste Front« publiziert wurde[4], sollte die theoretischen Grundlagen für eine beabsichtigte Praxis in den fünf neuen Bundesländern bilden. »Schafft befreite Zonen« war die Forderung nach der Etablierung von Freiräumen, wo Neonazis Macht- und Kontrollfunktionen inne hätten. Die angestrebte »kulturelle Hegemonie« sollte die Normen und Werte des Alltages im neonazistischen Sinne prägen.

Das »Planspiel« vereinte dafür verschiedene Handlungsebenen für die extreme Rechte und entwickelte sich zu einem der meistdiskutierten und -zitierten Konzepte zur Verbreiterung der Einflusssphären dieser Kreise. Hauptziel im Beitrag bildete die Feststellung, dass » ›befreite Zonen‹ sowohl Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete für die Nationalisten Deutschlands« seien. Zu deren Erringung kristallisierten sich vier Handlungsebenen heraus. Dreh- und Angelpunkt ist die militante Erringung und Verteidigung von »befreiten Zonen«. »Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind«. An anderer Stelle ist zu lesen, dass »zehn bis zwölf entschlossene Revolutionäre [genügen] und wir bestimmen, was aus militanter Sicht (...) angesagt ist und was nicht«. Diese repressive Ebene sollte nach den Vorstellungen der anonymen Autoren durch die Schaffung einer eigenen Infrastruktur unterfüttert werden. Hierzu zählen Buchläden, Druckereien etc., um somit einerseits auf wirtschaftlicher Ebene abgesichert zu sein und andererseits unabhängig von staatlicher Intervention agieren zu können. Durch eine Einbindung in bundesweite Netzwerke sollten lokale Gruppen und deren Infrastruktur nochmals gestärkt werden. Eine strukturelle Option also, welche mit der Formel »Vernetzung ist eine befreite Zone« zusammengefasst wurde. Der letzte Handlungsstrang widmete sich der sozialen Ebene, auf welcher im Einklang »mit« der Bevölkerung eine »moralische und geistige Gegenmacht« angestrebt werden soll. Dieser Aspekt behandelte das friedliche und nachbarschaftliche Neben- und Miteinander in einer »befreiten Zone«.

Abenteuer »Nationalismus«

Einen bemerkenswerten Schritt zur Weiterentwicklung des NBZ-Konzeptes unternahm Anfang 1999 Jürgen Schwab, indem er forderte, » ›Nationa-



lismus‹ (...) als spannendes Erlebnis oder gar Abenteuer zu ›verkaufen‹«. Die strömungsübergreifende Bedeutung seiner Überlegungen wird allein dadurch deutlich, dass Schwabs Beitrag »Vom deutschen Gemeinwohl« zeitgleich in drei Zeitschriften der extremen Rechten publiziert wurde. Die »Deutsche Stimme« (DS) bedient das eigene NPD-Klientel, das Kölner Magazin »Signal« arbeitet seit Jahren an der Verbindung von extrem rechter Politik mit (jugend-)kulturellen Themen, und die parteiübergreifende Zweimonatsschrift »Recht & Wahrheit« zielt auf das herkömmliche Spektrum der NS-Fundamentalisten ab.

Der DS-Redakteur konstatierte, dass es einzelnen Gruppen gelungen sei, »eine neue Jugend-Subkultur, die sich vor allem in Mitteldeutschland heranbildet, mit Politikinhalten zu begeistern«. Ein Feld, auf welchem etwa die NPD immer nur in der zweiten Reihe saß und sitzt. Schwab ist dies bewusst und auch, dass der vorpolitische Raum maßgeblich zur Politisierung von Jugendlichen beiträgt und die politisch konventionell agierende extreme Rechte eben auf jenem Sektor aktiv werden muss. Somit endet sein Aufsatz mit der Aufforderung, dass man die Jugend gewinnen solle. »Ein nationales Netzwerk ist zu schaffen, das tief in den vorpolitischen und kulturellen Raum hineinreicht (...) Parteitage und Mitgliederversammlungen mit einfallslosen Reden und ermüdenden Satzungsdiskussionen langweilen nur«. →

[1 | 2] Mitglieder der NPD beim Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern 1998.

[3] Die Publikation »Zentralorgan« gilt als Mitteilungsblatt der »Freien Kameradschaften«. Sie greift das Konzept der »national befreiten Zonen« auf und wirbt offensiv dafür.

Neonazi als V-Mann enttarnt

Thüringer Staatskasse finanziert NPD-Aufmärsche

Wieder einmal wurde ein führender Neonazi als V-Mann des Thüringer Verfassungsschutzes enttarnt. Mit rund 200.000,– D-Mark soll dabei die Arbeit der Nazi-Szene finanziert worden sein. Fragt sich nur, wer hier wem genutzt hat.



[1] Tino Brandt, VS-Informant und Neonazi.

» Am 12. Mai diesen Jahres outete die »Thüringer Allgemeine« den V-Mann des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz (TLfV) Tino Brandt. Unter dem Titel, »Verfassungsschutz bezahlt weiter rechte Führungskräfte, NPD finanziert Aufmärsche aus der Thüringer Staatskasse«, deckte die Zeitung damit einen neuen Verfassungsschutzskandal auf. Brandt war nicht nur für den Geheimdienst tätig. Er fungierte als stellvertretender Landesvorsitzender der NPD und war eine der Führungspersonen des »Thüringer Heimatschutzes«.

Mehr Schaden als Nutzen

Schon der ein Jahr zuvor aufgeflogene Spitzel Thomas Dienel hatte behauptet, mit staatlichen Geldern seine politische Arbeit zu finanzieren. Das TLfV war deshalb stark in die Schlagzeilen geraten. Dienel gab an, die 25.000,– D-Mark Spitzellohn unter anderem für den Druck von Propaganda-Materialien für die »Deutsch Nationale Partei« verwendet zu haben. Der Chef des Landesamtes Helmut Roewer musste seinen Schlapphut nehmen. Er war schon vorher wegen Verharmlosung der rechten Szene einerseits und Denunziationsbemühungen gegenüber AntifaschistInnen aus Gewerkschaften, Parteien und kirchlichen Gruppen andererseits unter Druck geraten. Ein Untersuchungsbericht der Landesregierung blieb unter Verschluss. Der neue Chef des Landesamtes Thomas Sippel versicherte ebenso wie Landesinnenminister Christian Köckert (CDU), dass es in Zukunft keine V-Leute in Spitzenpositionen mehr geben werde. Es entstehe sonst der Eindruck, die Organisation werde durch das Amt geführt.

An diese Worte erinnerte die »Thüringer Allgemeine«, als sie Fotos von einem Zusammentreffen am 3. Mai zwischen Tino Brandt und einem Mitarbeiter des TLfV in Coburg veröffentlichte. Bei dem Treffen soll es sich um das siebte, natürlich entlohnte Nachfolgetreffen im Zeitraum zwischen Februar und Mai 2001 gehandelt haben. Das heißt sieben Treffen nach der angeblichen Beendigung der Spitzeltätigkeit in nur drei bis vier Monaten. Tatsächlich war Brandt zum Zeitpunkt seiner Wahl als Vizevorsitzender der NPD im Mai 2000 abgeschaltet, kurz darauf von Roewers Stellvertreter jedoch wieder aktiviert worden. Seine ursprüngliche Anwerbung soll bereits 1994 stattgefunden haben.

Organisationen durch das Amt geführt?

Brandt gehört zu den aktivsten rechten Funktionären in Thüringen. Er kommt aus der Region Rudolstadt/Saalfeld und war bereits als Schüler aktiv. Bis zu seiner Enttarnung arbeitete er im Verlag »Nation und Europa« des Neonazis Peter Dehoust in Coburg. Danach wurde er zunächst freigestellt. Der als Ziehsohn Frank Schwerdts geltende Brandt wandelte die »Anti-Antifa Ostthüringen« in den »Thüringer Heimatschutz« (THS) um und ist vermutlich 1999 einer der treibenden Kräfte bei der Übernahme der NPD-Thüringen durch die Freien Kameradschaften gewesen. Gleichzeitig bemühte er sich erfolgreich um einen Brückenschlag zu erzkonservativen Kräften. Mit der Burschenschaft »Jenensia«, in der neben CDU-Ratsherren auch Neonazis Ehrenmitglieder waren, wurden Veranstaltungen durchgeführt, bei der der THS den Schutz übernahm. Als antifaschistische Gruppen diesen Brückenschlag veröffentlichten, sah sich das TLfV gezwungen zuzugeben, was es schon lange wissen musste und offenbar bewusst verschwiegen hatte. Auch die Zuarbeit zum NPD-Verbotsverfahren aus Thüringen war trotz der V-Mann-Dichte ausgesprochen mager.

Die NPD in Thüringen hat sich im Laufe der 90er Jahre von einer Hinterzimmer Partei zu einer dynamischen kämpferischen Organisation mit hoher subkultureller Anziehungskraft entwickelt. Die Übernahme der Macht in der Partei durch die »Freien Kameradschaften« mit ihrer Ausrichtung an eindeutiger NS-Ideologie, war eine logische Konsequenz. Frank Schwerdt, NPD-Bundesvorstandsmitglied und Integrationsfigur des NS-Flügels, wurde 2001 handstreichartig Landesvorsitzender. Drei bundesweite Strategieseminare der »Revolutionären Plattform« innerhalb der NPD fanden in Thüringen statt, das vierte ist in Planung. Die erfolgreiche Verankerung der Plattform-Positionen innerhalb der NPD dürfte nicht unwe-



[2]

[3]

sentlich auf den Einfluss des Thüringer NPD-Landesverbandes zurückgehen. Es stellt sich die Frage, inwiefern der Thüringer Verfassungsschutz zu dieser Entwicklung der NPD beigetragen hat.

Öffentlich hat sich keine der Neonazigrößen ausführlicher zur Brandt-Affäre geäußert. Worch, Hupka und Co boten ein eigenes Aussteigerprogramm aus der VS-Tätigkeit an, um den Flurschaden in den hinteren Reihen zu begrenzen. Nach ihrer Einschätzung fliegen derzeit Spitzel im Interesse der Geheimdienste auf, um Zeugen für das NPD-Verbotsverfahren zu gewinnen. Der NPD-Länderrat votierte gegen ein Aussteigerprogramm, weil es suggeriere, die Kooperation mit dem VS sei vertretbar. Der in Südafrika lebende deutsche Neonazi Claus Nordbruch beschuldigt Brandt der mittelbaren Auslieferung von Kameraden an den Staat und fordert eine detaillierte Aufklärung.

Gegenüber dem Vorstand der NPD in Berlin bestritt Brandt zunächst seine Tätigkeit als V-Mann und erstattete Anzeige wegen Verleumdung. Nun sagt er selbst aus, für seine V-Mann-Tätigkeit rund 200.000,– DM erhalten zu haben. Laut einer Erklärung der NPD Thüringen soll das Geld jedoch nicht in deren Kassen geflossen sein. Im Netzforum des THS wird nun darüber debattiert, dass die Spitzeltätigkeit der Bewegung eher genutzt als geschadet habe. Ohne die Spitzel sei doch schließlich keine NPD-Versammlung beschlussfähig. Man werde nicht auf »Agentensuche« gehen, sondern seine Arbeit fortsetzen. Brandt selbst verharmlost, dass die langjährige Zusammenarbeit nicht völlig ohne Informationen an den Thüringer Geheimdienst abgegangen sein kann: Für ihre Aktivitäten sei es egal gewesen, was der VS vorher wusste. Aus Gründen des »Quellenschutzes« hätte man die von ihm erhaltenen Informationen ja ohnehin nicht vor durchgeführten Aktionen bekannt geben können, weil sonst die Polizei und andere Dienste von der Zusammenarbeit erfahren hätten. In einem Interview in der Szenezeitschrift »Gloria Victoria« erklärte Brandt: »Auch konnte ich garantieren, dass wir bei bestimmten Aktionen (Konzerten u. ä.) danach nicht an die Öffentlichkeit gehen, also zur Presse. Dies führte dazu, dass wir viele Sachen durchziehen konnten.«

Verfassungsschutz auflösen

Die Lokalmedien vermuten, dass sich vier weitere Spitzel in den rechten Führungsetagen befinden. In der letzten Maiwoche wurde der Bundeskassenwart von »Blood & Honour«, Marcel Degener genannt. Als der Bundesinnenminister die Organisation am 14. 8. 2000 verbot und bundesweit Hausdurchsuchungen durchgeführt wurden, trafen die Ermittler bei Degener in Gera auf eine saubere Wohnung. Vermutet wird, dass er von einem V-Mann-Führer im Vorfeld gewarnt wurde.

Konsequenzen aus den Vorfällen will in Thüringen niemand ziehen. Der Innenminister, der im März 2000 unter der Überschrift »Köckert will die harte Linie« ankündigte, es ginge vor allem darum, die Finanzquellen der Rechtsextremen aufzuklären, wiederholte angesichts der Ereignisse lediglich, die hochkarätigen Spitzel seien ja nun abgeschaltet.

Bei einer Aktion vor dem Landesamt und einer Demonstration vor dem Innenministerium forderten Vertreter von Gewerkschaften, PDS, Grünen und antifaschistischen Gruppen dagegen die Auflösung des Landesamt und den Rücktritt des Innenministers. Die Bundestagsabgeordnete Annelie Buntenbach (Bü 90/Grüne) unterstützte die Forderung nach Auflösung mit dem Argument, »das wäre wirklich ein harter Schlag gegen die Nazi-Szene in Thüringen«. ■

[2] Thüringer AntifaschistInnen machen vor dem Landesamt für Verfassungsschutz auf die Vorgehensweisen der Behörde aufmerksam.

[3] »Wir über uns« oder was? Der VS-Bericht Thüringen 1998 berichtet über die Ergebnisse seiner Arbeit.

Wo ist die Grenze?

An dem 4. antirassistischen Camp der Kampagne »Kein Mensch ist illegal« nahmen in diesem Jahr rund 1.000 Menschen teil. Schwerpunkt des Camps, das in der Nähe des Rhein-Main-Flughafens in Frankfurt stattfand, war die staatliche Abschiebepolitik. Im Gegensatz zu den vorherigen Camps, die alle in ostdeutschen Kleinstädten stattfanden, gab es in diesem Jahr kaum eine Auseinandersetzung mit dem Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft. Auch der positive Effekt der vorherigen Grenzcamps, die schwachen regionalen Strukturen von AntirassistInnen und AntifaschistInnen in quasi no-go-areas zu unterstützen, fiel angesichts anderer Bedingungen im Rhein-Main-Gebiet aus. Die meisten Aktionen des Camps gegen die staatliche Abschiebepolitik und das mediale Echo bezeichnen wir als Erfolg. Weil die Abschiebungen auch nach dem Camp weitergehen, dokumentieren wir hier einige Gründe, sich mit der Situation an der »EU-Außengrenze Flughafen« zu beschäftigen.

Where is the Border?

» Das Grenzcamp, das von der Initiative »Kein Mensch ist illegal« und vielen anderen Antirassismus-Gruppen veranstaltet wird, fand vom 27. Juli bis zum 5. August 2001 in der Nähe von Frankfurt statt. Wie auch die Jahre zuvor war der Schwerpunkt die Auseinandersetzung mit staatlichem und gesellschaftlichem Rassismus bilden. Mit einer Reihe von Aktionen haben die AktivistInnen diese Themen in die Öffentlichkeit tragen. Wie schon in den letzten drei Jahren ist dabei Eigeninitiative und Kreativität aller Teilnehmenden gefragt.

Tödliche Grenze Rhein-Main-Airport

Die Abschiebemaschinerie im Rhein – Main – Airport ist eines der unmenschlichsten Highlights deutscher Bürokratie. Seit dem 1. Juli 1993 müssen gemäß Paragraph 18a Asylverfahrensgesetz alle Asylsuchenden, die über Flughäfen nach Deutschland einreisen wollen, das sogenannte Flughafenverfahren durchlaufen. Asylsuchende aus so genannten »sicheren Drittstaaten« werden bereits nach Kontrollen auf dem Rollfeld durch den Bundesgrenzschutz (BGS) wieder zurückgeschickt. Die Grenzschützer gehen in die gelandeten Flugzeuge und wenn sie dort Flüchtlinge antreffen, die über ein »sicheres Drittland« eingeflogen sind, ist die jeweilige Fluggesellschaft verpflichtet, sie umgehend wieder mit zurückzunehmen. Abschiebungen also, bei denen die Flüchtlinge keinerlei Chance haben, ihre Fluchtgründe vorzutragen und Kontakt mit AnwältInnen oder Verwandten aufzunehmen. Die Flüchtlinge, die nicht unter die Drittstaatenregelung fallen, werden zunächst erkennungsdienstlich erfasst. Danach erfolgt die erste Befragung durch den BGS – hauptsächlich nach Fluchtgründen, Reisewegen und Dokumenten. Anschließend werden die Asylsuchenden in die Unterkünfte des Flughafensozialdienstes gebracht, die immer noch als Transiträume ausgegeben werden. Zeitnah findet dann eine persönliche Anhörung durch das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge statt. Innerhalb von zwei Tagen muss dieses darüber entscheiden, ob





die Asylsuchenden tatsächlich nach Deutschland einreisen und ihr Asylverfahren dann weiter betreiben können. Bei einer Einreiseverweigerung durch das Bundesamt bleibt den Flüchtlingen sieben Tage Zeit, um einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz beim Verwaltungsgericht zu stellen. Das Gericht muss nun innerhalb von nur 14 Tagen die Einschätzung bzw. Ablehnung des Bundesamtes überprüfen. Danach dürfen die Flüchtlinge entweder einreisen und werden ins Asylverfahren aufgenommen oder sie werden abgeschoben.

Im April diesen Jahres haben sich das Bundesinnenministerium und das Land Hessen darüber hinaus über eine neue Abschiebehaftanstalt für Asylbewerber am Frankfurter Flughafen geeinigt. Der bislang übliche »freiwillige« Aufenthalt der Flüchtlinge im Transitbereich des Flughafens nach dem Ende ihres Asylverfahrens soll bald nicht mehr möglich sein. Stattdessen müssten die abgelehnten Asylsuchenden nach spätestens 23 Tagen aus dem Transitbereich in die »Zurückweisungshaft« überstellt werden und dort – bis zum Eintreffen neuer »Reisepapiere« – auf ihre Abschiebung warten. Hessen will dafür einen neuen Abschiebeknast mit rund 100 Haftplätzen bauen.

Jährlich werden 10.000 Flüchtlinge vom Frankfurter Flughafen aus wieder abgeschoben. Das sind pro Tag 30 – 40 Menschen, die mit Unterstützung des BGS, teils unter Gewaltanwendung, geknebelt und gefesselt in Flugzeuge gesetzt und oft in Länder gebracht werden, in denen sie in vielen Fällen von Folter oder Hinrichtung bedroht sind. Das oft rücksichtslose und brachiale Verhalten der Beamten bei der Abschiebung hat 1994 dem Nigerianer Kola Bankole und 1999 Aamir Ageeb aus dem Sudan das Leben gekostet. Beide starben in Lufthansa Flugzeugen an den Folgen der Misshandlungen durch Polizisten. Die deutsche Kranich-Airline unterstützt die deutsche Bürokratie bei der Hälfte aller Abschiebungen, indem sie kommentarlos und ohne Berücksichtigung der Bedingungen die abgelehnten Flüchtlinge transportiert. Lufthansa trägt somit einen Teil der Verantwortung am Tod der beiden Flüchtlinge und auch daran, dass viele Asylsuchende in die Folter und Verfolgung abgeschoben werden. Inzwischen reagiert die Fluggesellschaft immer empfindlicher auf die negativen Schlagzeilen, mit der die Kampagne »Stop Deportation Class« durch Auftritte bei Aktionärsversammlungen, Plakatserien und breite Öffentlichkeitsarbeit das saubere Image der Lufthansa ankratzt. Durch weiteren öffentlichen Druck sollen dem Kranich beim Geschäft mit dem Leben und Tod der Asylsuchenden die Flügel gestutzt werden.

Dienstleistungsmetropole Mainhattan

Die Entscheidung des Grenzcamps für Frankfurt ist auch eine für antirassistische Präsenz in einem Zentrum der Globalisierung. In der Stadt liegt nicht nur eine der wichtigsten Verkehrsdrehscheiben der Welt; sie ist auch ein Symbol für den globalen Einfluss von Großbanken. Dadurch wird eine neue Spielart von Rassismus importiert, der Menschen nicht mehr unbedingt nach Hautfarbe, sondern nach ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit unterscheidet. →





Eine Stadt, die mit den internationalen Vorbildern gleich ziehen möchte, muss ein vielseitiges Dienstleistungsangebot für die Manager und Büroangestellten bereithalten. Eine solche »Herausforderung« ist nur mit billigen Arbeitskräften zu erfüllen. Also gibt es Prostituierte aus »exotischen« Ländern, Putzkolonnen von MigrantInnen und »sans papiers«, die für einen Stundenlohn von ein paar D-Mark arbeiten. Die Flüchtlinge arbeiten unter schlechter sozialer Absicherung, miserablen Sicherheitsbedingungen und für 5 bis 13 D-Mark pro Stunde auf Grossbaustellen, um die Prunkbauten so billig wie möglich zu bauen. Frauen sind oft gezwungen, neben ihrer Arbeitskraft auch noch ihren Körper zu verkaufen. Trotz der Bereitstellung ihrer Arbeitskraft haben die Betroffenen in den wenigsten Fällen einen gesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland und werden gefeuert, sobald sie Ansprüche stellen.

Die Profitinteressen der Wirtschaft erklären die Forderung führender Manager nach »offeneren Grenzen« und eine scheinbare Förderung einer »multikulturellen Gesellschaft«. Nur so können die Gewinne maximiert und der gewohnte Lebensstandard gehalten werden. Die Argumente, man sei doch kein Rassist, da man die anderen Kulturen doch selbst schätze, sind da lediglich Augenwischerei. MigrantInnen sind nur solange in Deutschland akzeptiert, wie sich ihr rechtlicher Status eine Stufe unter dem der deutschen Bevölkerung befindet. Ein deutliches Beispiel ist die Einführung einer an die Arbeitsstelle gebundenen und zeitlich begrenzten »Blue-Card« in Hessen und Bayern. Sobald der Arbeitgeber keinen Bedarf mehr für die Arbeitskraft der MigrantInnen oder noch billigere Arbeitskräfte gefunden hat, wird die Aufenthaltsgenehmigung wieder entzogen und die Betroffenen müssen in ihr Heimatland zurückkehren. Die Situation von ausländischen Studierenden, die immer mit der Angst vor einer Abschiebung leben müssen, sobald sie die geforderte Leistung nicht erbringen, passt ebenfalls in dieses Schema.

Fly to Die!

Ein Beispiel

Am 11. März 1999 wurde Safiyo A. aus Somalia in einer Lufthansa-Maschine abgeschoben, obwohl sie an einer schweren Krankheit litt. Ein Beispiel für die bürokratische Unmenschlichkeit des Flughafenverfahrens.

» Die 24-jährige Safiyo A. reiste am 13. Februar 1999 am Frankfurter Flughafen ein und kam direkt in das Asylverfahren. Die aus Kenia kommende Frau gab an, wegen der Ermordung ihrer Eltern durch einen rivalisierenden Stamm geflüchtet zu sein. Aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes, der sich unter anderem durch ihre massive Unterernährung äußerte, wurde sie direkt ins Krankenhaus eingeliefert. Die 1,65 Meter große Frau wog nur 31 Kilo und die ÄrztInnen diagnostizierten eine Lymphknoten-TBC. Im Krankenhaus stand Safiyo A. unter permanenter BGS-Bewachung.

Offensichtlich inhuman

Trotz des gesundheitlichen Zustandes, der mit Attesten belegt wurde, schämte sich das Bundesamt für die Annerkennung ausländischer Flüchtlinge nicht, den Asylantrag als »offensichtlich unbegründet« abzulehnen. In dem darauf folgenden Eilverfahren, das wegen seiner Bedeutung nicht ein Einzelrichter, sondern die 9. Kammer des Verwaltungsgerichtes durchführte, wurde die Entscheidung bestätigt. Die zuständige Ärztin attestierte zwar die Reisefähigkeit der Somalierin, erklärte aber gleichzeitig eine stationäre Behandlung für notwendig. Als Begründung für die Abschiebung wurde unter anderem angegeben, die



Neue Themenbereiche – Neue Herausforderungen

Die zwei oben angesprochenen Punkte sind zwei Folgen der Globalisierung. In der Zukunft wird der biologisch verankerte Rassismus nicht mehr das Hauptproblem sein, es wird immer mehr um die Nützlichkeit und Verwertbarkeit von ArbeitsmigrantInnen für die Wirtschaft gehen. Die Unternehmen fordern eine »Green Card« nicht aus Nächstenliebe oder aus Engagement für »offene Grenzen«, sondern zur Steigerung ihrer Profite. Angesichts dieser neueren Entwicklungen wollten sich die TeilnehmerInnen des Grenzcamps mit dem gesellschaftlichen Rassismus und den verschiedenen Facetten und Formen des alltäglichen Rassismus in Deutschland auseinander setzen. Das diesjährige Grenzcamp in Frankfurt/Main stand vor der spannenden Aufgabe, komplexe und weniger offensichtliche Inhalte als eine für alle greifbare Grenze an die Medien und potentielle UnterstützerInnen zu vermitteln. Mit den Aktionen, bei denen es an Fantasie und Kreativität nicht mangelte, ist es den antirassistischen AktivistInnen dieses Jahr gelungen, für Unruhe rings um die Flughafenregion zu sorgen. Auf die Frage »Wo ist die Grenze?« kann nur geantwortet werden, dass es völlig egal ist, wo die Regierung diese setzt. Denn mit dem Grenzcamp wurde auch dieses Jahr wieder deutlich gemacht, dass sie in Bezug auf die deutsche Flüchtlings- und Migrationspolitik schon lange überschritten ist. ■



aus dem Frankfurter »Flughafenverfahren«

Bundesrepublik sei nicht für die gesundheitliche Versorgung der Frau zuständig. Es wäre weiterhin nicht nötig zu prüfen, »ob und in welchem Ausmaß eine Behandlung der Antragstellerin in Kenia oder in ihrem Heimatland Somalia möglich ist.« Es entstehe keine Begründung für Asyl daraus, dass eine Behandlung im Heimatland nicht gegeben sei. Eine Ablehnung des Asylantrages widerspreche auch nicht dem Art. 2 Abs. 2 Grundgesetz (GG), da eine Abschiebung alleine nicht die Ursache für die Gefährdung der Gesundheit oder des Lebens sei. Der Bundesrepublik Deutschland fiele verfassungsrechtlich keine Mitverantwortung zu.

Mitverantwortung für die Ausbeutung des Trikont

Bei der Abschiebung selbst spielte die Lufthansa wieder einmal eine bedeutende Rolle. Die Kranich Airline sprang ersatzweise für eine äthiopische Fluglinie ein, deren Kapitän sich geweigert hatte, die schwerstkranke Frau zu transportieren. Kurz vor der Abschiebung versuchte noch eine Anwältin von PRO ASYL zu intervenieren. Sie wies den Leiter des Grenzschutzamtes darauf hin, dass eine Abschiebung nach Äthiopien ohne Medikamente und ohne einen Pass einem Aussetzen ihrer Mandantin in eine hilflose Lage gleichkomme. Safiyo A. wurde auch nicht nach Kenia oder Somalia abgeschoben, da es in das Bürgerkriegsland keine Direktverbindung gab. Die Gründe für PRO ASYL, sich an diesem Verfahren zu beteiligen, waren vielfältig. Zum einen werden trotz erheblicher medizinischer Bedenken immer mehr unerwünschte AusländerInnen außer Landes gebracht. Die zuständigen ÄrztInnen attestieren zwar oft »Reisefähigkeit«, meinen damit aber nur das Überleben des Fluges. Zum anderen wird in den Eilverfahren nur darüber entschieden, ob sich mit dem Grundrecht auf Unversehrtheit eine Verantwortlichkeit der Bundesrepublik Deutschland begründet. Laut dieser Definition kann jeder Flüchtling abgeschoben werden, egal in welchem Zustand er sich befindet, wenn sich die Bundesregierung in irgendeiner Form von der Verantwortlichkeit für das Gesundheitssystem in dem betreffenden Land freispricht. Da es sich in der Regel um souveräne Staaten handelt und die deutsche Regierung bis heute eine Mitverantwortung für die durch Ausbeutung des Trikonts entstandene Situation ablehnt, wirkt so eine Begründung wie eine Farce.

Es liegt also weiterhin an uns, immer wieder auf Fälle wie diesen aufmerksam zu machen und gegen diese Zustände zu kämpfen. Die Geschichte von Safiyo A. ist kein Einzelfall. ■

Staatliche Maßnahmen gegen »rechts«



Neonazis fest im Griff?

Verbote von Neonazigruppen, Sonderkommissionen der Polizei, Aussteigerprogramme, Landesprogramme für Toleranz, millionenschwere Bundesmaßnahmen zur Förderung der Zivilgesellschaft. Nach außen entsteht der Eindruck, die Berliner Republik hätte ihre Nazis fest im Griff. Auch unter AntifaschistInnen wird mitunter die Ansicht vertreten, der Kampf gegen Rechts könnte beruhigt dem Staat überlassen werden und die Bewegung sich wieder anderen linken Inhalten zuwenden. In diesem Schwerpunkt werden daher einige der Maßnahmen genauer unter die Lupe genommen, einer Kritik unterzogen und an den eigentlichen Erfordernissen gemessen.

» Tropfen auf den rechten Rand

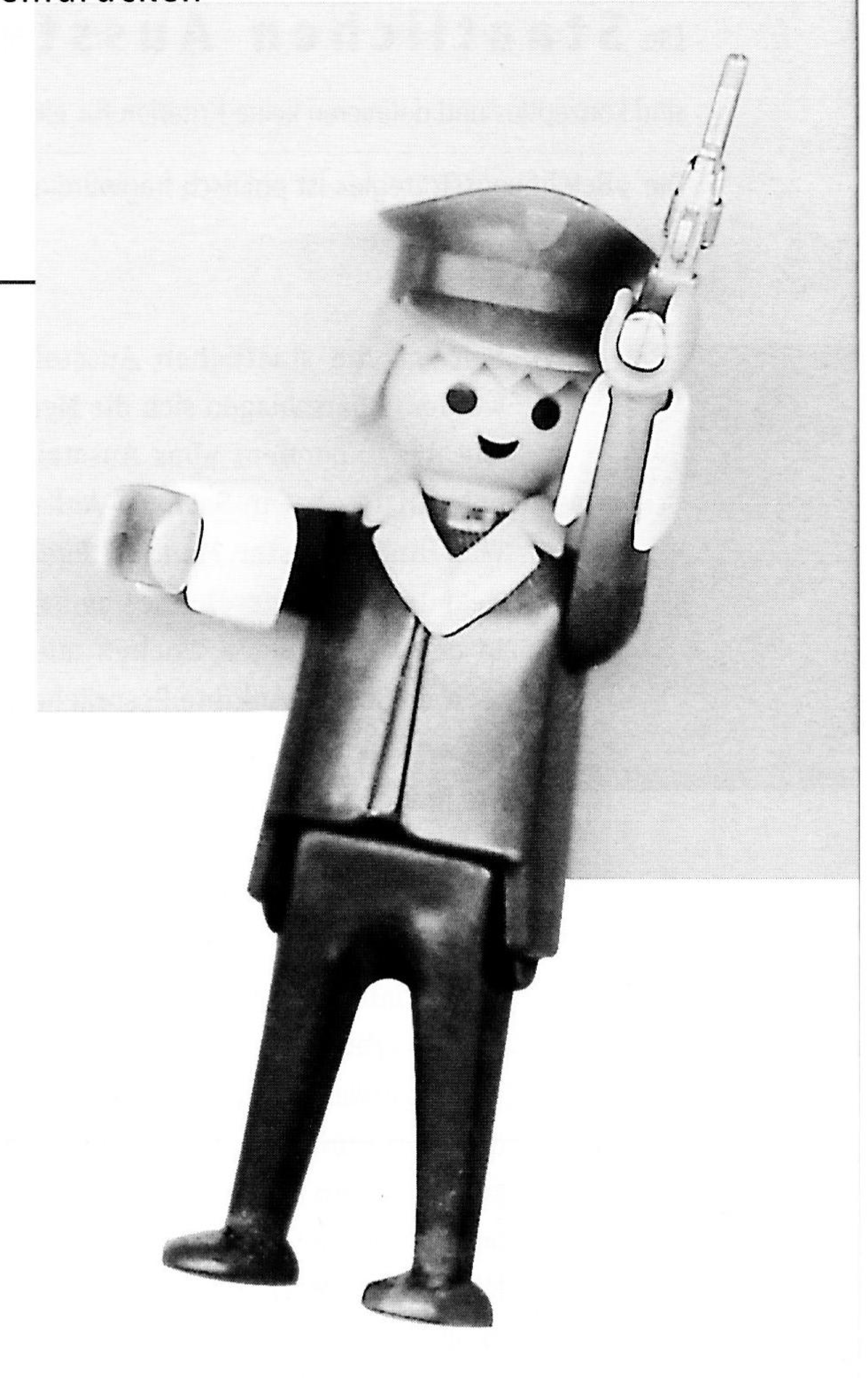
In fast allen Programmen wird Rechtsextremismus als abgrenzbares Problem am äußersten rechten Rand der Gesellschaft verortet, dessen Lösung in Maßnahmen gegen die Rechtsextremen selbst oder in einer Selbstvergewisserung der demokratischen Zivilgesellschaft besteht. Wissenschaftliche Analysen gehen dagegen davon aus, dass Faschismus in der Mitte der Gesellschaft entsteht. Diese These wird am Beispiel der zunehmend fließenden Grenzen zwischen Aussagen der etablierten Politik und der extremen Rechten deutlich. Etwa der ausgrenzende und rassistische Diskurs über Minderheiten, der nicht nur an den vielbemühten Stammtischen üblich ist, sondern auch von führenden Politikern vor allem in Wahlkampfzeiten gepflegt wird. Ein anderes Beispiel ist das Verhältnis zum Nationalismus, wie es sich während der Nationalstolzdebatte manifestierte, in der die Naziparole »Ich bin stolz Deutscher zu sein« zum Ausdruck demokratischer Gesinnung erklärt wurde. Auch die Sozialpolitik wird zunehmend von einem sozialdarwinistischen Leistungsdenken dominiert, in der nur der Starke überlebt, während der soziale Ausgleich für die Schwächeren immer mehr als Belastung empfunden wird. Um die politischen Ursachen des Rechtsextremismus zu bekämpfen, muss in der Mitte der Gesellschaft angesetzt werden. Die Sonderprogramme können schon von daher nicht mehr sein als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Handlungsmöglichkeiten nicht genutzt

Der Handlungsrahmen und die Handlungsmöglichkeiten des Staates wären weit größer. Sie werden mit den Sonderprogrammen nur minimal genutzt. Nicht nur ausgrenzende und rassistische Diskurse könnten vermieden werden, im Hand-

lungsrahmen des Staates läge z.B. eine umfassende rechtliche Gleichstellung und Integration von MigrantInnen und anderen Minderheiten im Alltags- und Arbeitsleben. Statt demokratische Werte nur in Sonntagsreden zu bemühen, wäre die Verwirklichung einer demokratischen Selbst- und Mitbestimmung möglich. Autoritäre Strukturen in Institutionen und Betrieben stehen nämlich in krassem Widerspruch zu den Phrasen. Andere konkrete Missstände, etwa bei der Polizei, werden nicht angegangen. Dass viele Opfer von rechtsextremen Straftaten sich nicht trauen zur Polizei zu gehen, liegt daran, wie sie dort behandelt werden. Rechtsextreme Einstellungen sind auch in den Sicherheitsbehörden weit verbreitet und eine Ursache der viel zu häufigen Kumpanei mit den Neonazis. Mit Sonderkommissionen können die schlimmsten Auswüchse vielleicht punktuell umgangen werden, strukturelle Missstände werden damit nicht aus der Welt geschafft. Schließlich läge es auch im Handlungsrahmen des Staates, tausende Polizeibeamte, die fast jedes Wochenende zum Schutz von Naziaufmärschen eingesetzt werden, stattdessen vorrangig mit dem Schutz potentieller Opfer der Neonazis zu beauftragen.

Mehr oder minder starke Repression vermag die Naziszene nur bedingt zu beeindrucken



Selbstvergewisserung der DemokratInnen

Die Verortung des Rechtsextremismusproblems am äußersten rechten Rand grenzt die Gesellschaft davon ab und erklärt sie quasi zum guten Gegenpol der bösen Neonazis. Damit wird nicht nur die eigene Verantwortung der Gesellschaft negiert, sondern die Bekämpfung des Rechtsextremismus in einem vermeintlichen Konsens betrieben. Ausdruck davon sind lokale runde Tische wie sie z.B. im nachfolgenden Artikel »Weltoffenes Guben« beschrieben werden. Der kleinste gemeinsame Konsens eines Spektrums von Antifagruppen bis hin zur CDU ist jedoch ausgesprochen schmal. Es ist also kaum mehr möglich, überhaupt Position zu beziehen. Der Konsensgedanke führt auch auf anderen Ebenen statt zu Auseinandersetzung und Veränderung lediglich zu einer oberflächlichen Selbstvergewisserung der Demokraten.

Diskriminierung des Antifaschismus

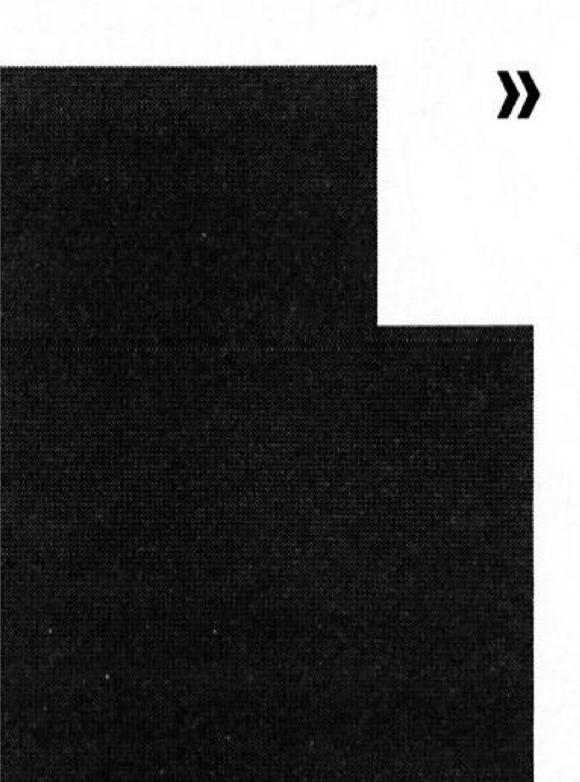
Mehr oder minder starke Repression vermag die Neonaziszene nur bedingt zu beeindrucken. Sie hat sich längst darauf eingestellt, dass das System, das sie bekämpft, gelegentlich mit Partei- und Organisationsverboten, reagiert. Der extremen Rechten muss vielmehr die Unterstützung von Teilen der Gesellschaft entzogen und von bzw. in der Gesellschaft selbstbewußt entgegengetreten werden. Der Staat agiert jedoch nach wie vor gegen jede Bewegung, die von Regierungspositionen abweichende Ansichten vertritt. Wenn etwa Projekte, wie die Neofaschismusausstellung der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN) in Eschweiler aufgrund einer Intervention des Verfassungsschutzes nicht in städtischen Räumen gezeigt werden kann, dann wird damit statt Förderung von zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzung lediglich ein Geist des Totalitarismus und der Anpassung an die »Mitte« gefördert. Auch mit dem üblichen brutalen Vorgehen gegen AntifaschistInnen am Rande von Naziaufmärschen wird alles andere bewirkt als die Förderung von Zivilcourage.

Eine selbstorganisierte Antifabewegung gegen Faschismus und seine gesellschaftlichen Ursachen ist daher ebenso notwendig wie eine antifaschistische Selbsthilfe gegen die Neonazis. Denn fast ein Jahr nach der Sommerdebatte 2000 läßt sich auch insoweit Bilanz ziehen: Eine positive Änderung der Gesellschaft hin zu Solidarität, Toleranz oder Respekt hat nicht stattgefunden, und die Neonazis konnten nicht zurückgedrängt werden. Es deutet sogar alles darauf hin, dass sie gestärkt aus dem letzten Jahr hervorgegangen sind. ■

Von Aussteigern und Austretern

Die **Staatlichen Aussteigerprogramme** sind konzeptlos und definieren keine Kriterien für einen wirklichen Bruch mit der Neonaziszene. Die »Belohnungsstrategie« ist politisch fragwürdig und zielt insbesondere im Osten ins Leere.





» Seitdem die staatlichen Aussteigerprogramme installiert wurden, überschlagen sich die Medien mit Erfolgsmeldungen wie der folgenden: »Das Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten hat in Sachsen-Anhalt erste Erfolge gebracht. Wie Innenminister Manfred Püchel (...) mitteilte, haben Beamte des Staatsschutzes gemeinsam mit Sozialarbeitern in den vergangenen Wochen mit 53 Gewalttätern aus der rechten Szene konkrete Gespräche geführt. 26 davon hätten erklärt, sich von der rechten Szene zu distanzieren. Bei 13 der jungen Leute würden inzwischen Möglichkeiten des Ausstiegs geprüft. (...) Insgesamt gebe es rund 250 junge Leute im Land, die durch rechte Gewalttaten aufgefallen seien. Gesprochen werde nur mit jenen rund 110, gegen die derzeit kein Ermittlungsverfahren laufe und die keine Gefängnisstrafe verbüßten.«[1]

Mittlerweile gibt es kaum ein Bundesland, das kein eigenes Aussteigerprogramm anbieten würde. Die Unterschiede zwischen den Angeboten sind graduell: In Niedersachsen beispielsweise hat SPD-Justizminister Christian Pfeiffer zwei Millionen D-Mark locker gemacht und eigens eine Psychologin und zwei Sozialarbeiter – sogenannte Ausstiegshelfer – angestellt, die durch die Knäste touren und inhaftierte Neonazis ansprechen sollen. Ihnen wird die Vermittlung von Arbeitsplätzen, Weiterbildungskurse, Finanzierung von Umzügen und die Prüfung von vorzeitigen Haftentlassungen angeboten. Zusätzlich bietet Niedersachsen eine Telefonhotline für all diejenigen, die noch nicht ins Visier der Strafverfolger geraten sind. Polizisten sind angehalten, rechte Straftäter bei der Festnahme auf das Aussteigerprogramm aufmerksam zu machen.

Das Bundesprogramm unterscheidet sich von den Länderprogrammen insoweit, als es angeblich vor allem auf Führungskader der Neonaziszene abzielt. Dafür wurde beim Bundesamt für Verfassungsschutz eine eigene Hotline eingerichtet, bei der bis Mitte Juni 550 Anrufe gezählt wurden, darunter sollen viele Eltern und 120 »ernsthafte Ausstiegswillige« gewesen sein. Bisher hat es nach VS-Angaben 20 Treffen gegeben, 25 weitere seien verabredet.[2] Allen Programmen gemeinsam ist die Zielsetzung: Angestrebt wird eine »Verunsicherung der Szene«.

Böcke zu Gärtnern

Die bei den Verfassungsschutz- und Landeskriminalämtern angesiedelten Programme sind extrem fragwürdig. Zum einen negieren sie, dass die meisten Neonazis weder arbeits- noch wohnungslos noch sozial desintegriert sind. Die »Belohnungsstrategie« zielt insbesondere im Osten, wo die Freien Kameradschaften einen hohen Grad an sozialer Kontrolle ausüben und gesellschaftlicher Druck auf Neonazis und rechte Skinheads kaum existiert, ins Leere. Es gibt dort schlicht keinen Anreiz, Gruppen zu verlassen, deren Dominanz sowohl Rückhalt nach Außen, als auch Druck nach Innen vermittelt. Darüber hinaus negiert die Belohnungsstrategie, dass das wesentlichste Element beim Ausstieg die eigene Motivation des Aussteigers ist. Er oder sie muss aus eigenem Antrieb, eigener Entscheidung und Bedürfnissen die Naziszene verlassen und die ersten Schritte selbst machen. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr, dass der Ausstieg lediglich taktisches Kalkül ist, um sich beispielsweise mildere Strafen oder Hafterleichterungen zu erkaufen. Nicht erst aus den letzten Monaten ist das Phänomen bekannt, dass Neonazis in ihren Prozessen unvermittelt erklärt haben, sie seien jetzt ausgestiegen. So behauptete etwa der Neonazi Alexander Tomczyk aus Luckenwalde in seinem Berufungsprozess vor dem Landgericht Potsdam wegen schweren Landfriedensbruchs Mitte Juli 2001, er sei jetzt ausgestiegen – während auf den Zuschauerbänken die »Kameradschaft Germania« dem Kameraden aufmunternd zunickte. Die Rückkehr in den Schoss der Kameraden ist so spätestens nach einem glimpflichen Prozessende vorprogrammiert.

Dazu kommt, dass bisher weder das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) noch die Landesämter Kriterienkataloge mit Definitionen für einen Ausstieg entwickelt haben. So beschränkt sich das Konzept des BfV bislang auf eine DINA4-Seite mit Allgemeinplätzen. Im übrigen wird von allen





Mit dem »rechten Klick« in den Ausstieg: die aktuelle Webseite des »Bundesamtes für Verfassungsschutz«

Beteiligten vehement abgestritten, dass über die staatlichen Aussteigerprojekte neue Informanten für die Geheimdienste und Landeskriminalämter gewonnen werden sollen, allenfalls abschöpfen möchte man die vermeintlichen Aussteiger aus dem Neonazi-Milieu.

Austreter und Aussteiger

Die Rückkehr in den Schoß der gesellschaftlichen Mitte haben viele Neonazis bisher auch ohne staatliche Aussteigerprogramme vollzogen. Entweder, weil sie irgendwann mit Freundin, Kind und Pitbull beschäftigt waren und sich deshalb aus der aktiven Szene zurückzogen, oder weil sie keine Lust mehr auf den ständigen Ärger mit Antifas vor Ort hatten: Das ist die Gruppe der leisen »Austreter«.

Die Ausnahmefälle sind jene Neonazis, die über Journalisten und AntifaschistInnen den langen Weg des tatsächlichen Bruchs mit den Strukturen und der Ideologie geschafft haben. Sie berichten, dass der Ausstieg sich als langsamer Prozess vollzogen hat – entweder durch Schlüsselerlebnisse oder durch FreundInnen außerhalb der Neonazi- und Skinheadszene. (siehe das nachfolgende Interview mit Jörg Fischer.) Erfahrungsgemäß kann ein derartiger Prozess jahrelang dauern. Wichtig waren und sind hierbei immer wieder linke Kulturprojekte vor Ort, in denen ausstiegswillige Neonazis AnsprechpartnerInnen fanden und finden und die in der Lage sind, die Glaubwürdigkeit des Ausstiegs auch tatsächlich zu überprüfen.

Das entscheidende Kriterium für einen Ausstieg ist der Bruch mit der Neonaziszene. Dieser Bruch muss nachvollziehbar sein, d.h. Informationen müssen offen gelegt werden, und die Betreuenden müssen im Gegenzug einen vertrauenswürdigen Umgang mit den Informationen garantieren. Sie müssen auch darauf vorbereitet sein, dass der Prozess kräftezehrend ist – sowohl für den Aussteiger als auch für die BetreuerInnen. Wichtigstes Kriterium für einen tatsächlichen Ausstieg ist, dass Aussteiger alle Brücken zu den ehemaligen »KameradInnen« abbrechen und sich jeglichen Rückweg in die rechte Szene verbauen – was nicht immer durch eine Veröffentlichung geschehen muss.

Die medial inszenierten Ausstiege der letzten Monate machen eines deutlich: Um Aufmerksamkeit und »Zuwendung« – materieller oder/und immaterieller Art – zu erhalten, müssen sich aussteigende Neonazis wichtig machen. In der Öffentlichkeit entsteht angesichts scheinbarer Top-Aussteiger der staatlicherseits erwünschte Eindruck, dass reihenweise wichtige Führungskader aussteigen würden und das lästige »Skinheadproblem« demnächst gelöst sein wird.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, was es zum »Kampf gegen Rechts« beiträgt, wenn die Schläger mit Arbeitsplätzen und Wohnungen belohnt werden, während ihre Opfer wie Flüchtlinge und MigrantInnen weiter mit Abschiebung und rassistischer Gesetzgebung bedroht sind. Die beste Ausstiegshilfe ist immer noch die Förderung alternativer und nicht-rechter Jugendkulturen vor Ort. Die staatlichen Aussteigerprogramme laufen hingegen auf eine gesellschaftliche Aufwertung von Neonazis und Rassisten hinaus. ■

1| Kieler Nachrichten, 9.5.01
2| Welt am Sonntag, 17.6.01



»Akzeptierende Sozialarbeit

Jörg Fischer über Aussteigerprogramme

Jörg Fischer machte eine steile Karriere in der rechten Szene. Er leistete Aufbauarbeit für die NPD, gehörte mit zu den Gründern der DVU und arbeitete als Redakteur in Gerhard Freys Münchner Partei- und Medienzentrale. Anfang der 90er Jahre stieg er aus. Inzwischen ist er in der antifaschistischen Arbeit tätig. Das AIB sprach mit Jörg Fischer über das neue Aussteigerprogramm der Bundesregierung.

» *Was hat dich persönlich zu einem Ausstieg motiviert?*

Jörg Fischer: »Ausstieg« ist vielleicht nicht das richtige Wort. Ich bin nicht Sonntag Abend als überzeugter Neonazi ins Bett gegangen bin und Montag früh nach einer göttlichen Eingebung als Demokrat und Antifaschist aufgewacht. Es hat zwei konkrete Anlässe gegeben, die dazu geführt haben, dass ich mich mit der Szene und mit der Ideologie nicht mehr soweit identifizieren konnte, dass ich weiter mitmachen konnte. Die beiden konkreten Anlässe waren zum einen Ende 1991 die pogromartigen Übergriffe gegen die Flüchtlingsunterkünfte – Stichwort Hoyerswerda – und die Reaktion innerhalb der Nazi-Szene. Diese Begeisterung, auch in höheren Führungsebenen, und auch mein Wissen darum, dass diese Übergriffe keine Aktionen von sogenannten Einzeltätern waren, sondern dass sie sehr wohl planmäßig von dahinterstehenden Organisationen vorbereitet worden waren. Das fand ich durchaus erschreckend.

Zum anderen gab es einen ganz persönlicher Widerspruch: Es ist ja bekannt, dass in der Nazi-Szene der Überlebenskampf des deutschen Volkes, also die Massenproduktion deutscher Babys, einen sehr hohen Stellenwert einnimmt. Ich beteilige mich jedoch nicht an der Produktion von deutschen Babys, da ich schwul bin und somit auch einer Minderheit angehöre, die mit zu den großen Feindbildern der Nazi-Szene zählt. Wobei anzumerken ist, dass es durchaus einige Kameraden gegeben hat, mit denen die Kameradschaft auch körperliche Ausdrucksformen gefunden hat.

Ich habe mich dann zuerst einmal aus der Szene zurückgezogen und nach einigen Jahren, in denen ich die Zeit in der Nazi-Szene für mich aufgearbeitet und reflektiert habe, angefangen, öffentlich gegen »rechts« zu arbeiten und mich antifaschistisch zu engagieren.

Du hast soeben von einem Rückzug gesprochen. Glaubst du, dass es so etwas wie verallgemeinerbare Kriterien gibt, um von einem »Ausstieg« reden zu können?

Jörg Fischer: Ja. Es gibt Sachen, an denen man einen Ausstieg nicht festmachen kann. Ich kann einen Ausstieg nicht daran festmachen, ob sich jemand die Haare wachsen lässt und die Bomberjacke auszieht, auch wenn's im Moment in den Massenmedien Mode geworden ist, politische Gesinnung an der Haarlänge und an der Kleidung festzumachen. Einen Ausstieg mache ich daran fest, ob jemand bereit ist, sich wirklich ideologisch zu trennen und offen darüber zu reden, was er getan hat, mit wem er zusammengearbeitet hat, ob er bereit ist, auch Strukturen offenzulegen und Namen zu nennen. Also Ausstieg und Rückzug ins Private sind zweierlei Sachen, und ein Ausstieg muss schon greifbar vonstatten gehen. Die konsequente Trennung muss nachprüfbar und nachvollziehbar sein.

Glaubst du, dass in dem neuen Aussteiger-Programm solche Kriterien der »Überprüfbarkeit« angelegt sind?

Jörg Fischer: Es wäre etwas völlig Neues, wenn in dieser staatlichen Pseudokampagne gegen Rechts, die seit dem August letzten Jahres geführt wird, irgendetwas außer blindem Aktionismus dabei wäre, bei dem man ein Konzept, Köpfchen oder sonst irgendwas erkennen könnte. Und genauso verhält es sich mit diesem sogenannten Aussteigerprogramm. Dieses Programm zeugt erstens davon, dass sowohl Schily als auch der Verfassungsschutz (VS) keine Ahnung von der Szene haben, sonst würden sie nicht ernsthaft glauben, dass Führungskader sich mit sozialen Anreizen herausbrechen lassen. Dazu sind sie viel zu fanatisiert. Die Erfahrung zeigt, dass dies nur

auf anderer Ebene«



einen Sinn macht, wenn der Impuls von den Menschen selber kommt, dass sie rauswollen. Es hat keinen Sinn, auf jemanden einzureden wie auf einen kranken Gaul; das bringt keinen Erfolg, außer dass dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet wird.

Es zeugt also davon, dass hier sehr wenig Wissen vorhanden ist auch über die Strukturen. Selbst wenn es denn gelingen sollte, einen Führungskader der Kameradschaft Hintertupfingen rauszubrechen, die Kameradschaft im Nachbarort wird davon kaum tangiert sein. Es ist, ja gerade das Wesen dieser »Freien Kameradschaften«, dass sie so strukturiert sind, dass sie gegenüber Infiltrationen und Verbotsmaßnahmen relativ immun sind.

Im übrigen kann ich auch beim besten Willen keinen Sinn darin erkennen, Menschen dafür zu belohnen, dass sie aufhören, andere Menschen zu jagen oder umzubringen.

»Ich kann einen Ausstieg nicht daran festmachen, ob sich jemand die Haare wachsen lässt und die Bomberjacke auszieht«

Die Intention von Schily war ja nicht nur das Herauslösen von Führungspersonen, sondern auch das Verunsichern der Szene insgesamt. Durch Anreize zum Ausstieg kann ja jeder zum potentiellen Verräter werden. Ist es realistisch, dass so Verunsicherung in die Szene hineingetragen werden könnte?

Jörg Fischer: Ich halte das für völlig unrealistisch und die ersten Reaktionen aus der Szene, ihre Stellungnahmen, zeigen auch, dass sie diesem Schily-Programm nur mit Häme begegnen und sich darüber lustig machen. Herr Schily hat ja auch allen Ernstes im September letzten Jahres behauptet, dass Verbot von »Blood & Honour« würde die Szene verunsichern. Doch selbst der VS musste auf die Frage, was die »B&H«-Mitglieder seit dem Verbot machen, zugeben, dass diese Konzerte abhalten, Vertriebsstrukturen haben und ansonsten mehr oder weniger konspirativ arbeiten, genau wie vor dem Verbot. Wenn so Verunsicherung aussehen soll, dann ist das eine Logik, die nur Herrn Schily einsichtig ist, und wo sich mir nicht erschließt, wo hier Verunsicherung stattfinden soll.

Du hast vorhin die Gefahr des Missbrauches angesprochen. Missbrauch in dem Sinne, dass das angebotene Geld angenommen wird, die Aktivitäten jedoch (nach einer Phase des Stillhaltens) weitergehen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die Fälle Szczepanski und Dienel, die beide vom VS bezahlt wurden. Ist diese Gefahr bei diesem Programm auch gegeben?

Jörg Fischer: Sie ist da noch wesentlich größer. Gerade in der aktuellen Verbotsdiskussion ist es nachvollziehbar, dass Leute den Absprung nach außen hin schaffen wollen, auch um keine Nachteile im bürgerlichen Leben hinnehmen zu müssen. Sie werden unterstützt, sie bekommen einen Job, sie bekommen eine Wohnung, sie bekommen Geld und wenn die Beziehung auseinander geht, wird es bestimmt auch eine Partnervermittlung vom VS geben. Man wird so richtig schön rundum versorgt und es gibt keine Garantie, dass die betreffenden Personen nach einem, spätestens zwei Jahren wieder voll aktiv sind und dann mit dem Geld auch entsprechend neue Organisationen aufbauen. Wenn die NPD verboten wird – und davon gehe ich aus, dann muss natürlich etwas neues aufgebaut werden. Das kostet Geld, und irgendwo muss das Geld auch herkommen. Nachdem die NPD ja bislang vom Staat finanziert wurde, ist es ja nur logisch, dass die Nachfolgeorganisation auch vom Staat finanziert wird. Etwas Kontinuität und Tradition muss ja sein.

Es gibt noch einen Punkt zu berücksichtigen, eine Überlegung, die möglicherweise eine Rolle spielt, dass es Schily auch darum gehen könnte, Personen, die er in der Szenen schon drin hat als Zeugen zu verwenden, ohne sie als VS-Mitarbeiter outen zu müssen. Das wäre eine weitere Möglichkeit, was hinter diesem Programm stecken könnte.

Ist es realistisch, so an relevante Informationen heranzukommen? Auch das war nicht immer der Fall.

Jörg Fischer: Da bin ich überfragt, da musst du Herrn Schily fragen, wo er seine Mitarbeiter stehen hat.

in_ter View

Werden mit dem Aussteigerprogramm Neo-Nazis nicht »verhätschelt«, nach dem Motto »Jungs kommt zurück ins Boot«, während auf der anderen Seite antirassistischen und antifaschistische Initiativen durch staatliche Repression in ihrer Arbeit behindert werden?

Jörg Fischer: Dieses Konzept kann man durchaus als Fortsetzung des unsäglichen Programms der akzeptierenden Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen auf anderer Ebene nennen. Vorher wurden eben Jugendliche belohnt, wenn sie rechtsradikal waren, indem man ihnen Jugendzentren geschenkt hat, indem man ihnen Sozialarbeiter, die völlig überfordert und hilflos waren, zur Seite gestellt hat. Heute werden sie belohnt, wenn sie aufhören Menschen zu jagen. Im Endeffekt wird hier auf der einen Seite mit Belohnungen gearbeitet, während auf der anderen Seite der Repressionsdruck und der Druck generell gegen antifaschistische und antirassistische Initiativen nach wie vor anhält. Initiativen, die seit Jahren gegen rechts arbeiten, die sich um die Betreuung von Opfern rassistischer Gewalt kümmern werden links liegen gelassen und erfahren weiterhin so gut wie keine Unterstützung. Man fragt sich immer, wo hier die Millionenbeträge hinfließen, die es hier angeblich oder tatsächlich geben soll.

Es gibt ja nicht nur das Aussteiger – Programm der Bundesregierung, sondern auch andere, wie beispielsweise »Exit«. »Exit« hat in einem Interview mit der »Jungen Welt« explizit betont, dass sich ihr Programm von dem Schilys unterscheiden würde, da kein Geld mit im Spiel sei, es also nicht um das Abkaufen von Gesinnung ginge. Außerdem solle das Programm von anderen Maßnahmen des »Zentrums für demokratische Kultur« (ZDK) auf gesamtgesellschaftlicher Ebene begleitet werden. Wie sieht Arbeit von Exit aus?

Jörg Fischer: Der Grundgedanke von Exit ist zu begrüßen. Es ist auch notwendig, eine Aussteigerhilfe für Menschen anzubieten, die von sich heraus aussteigen wollen, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, ohne sozialen Anreiz. Es ist auch sinnvoll, dass das in eine gesamtgesellschaftliche Konzeptionen eingebettet ist, einerseits durch das »ZDK«, andererseits durch die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule und die »Amadeu Antonio Stiftung«. Die Frage ist, ob auch die praktische Umsetzung immer so sinnvoll ist. Eine gute Grundidee und die Promotion durch eine nicht immer unbedingt seriöse Wochenzeitschrift alleine ersetzt keine fehlenden Konzepte.

Kann Exit denn noch keine »Erfolge« vorweisen, obwohl das natürlich schwer zu bewerten ist?

Jörg Fischer: Dass ist dahingehend natürlich schwer zu bewerten. Es wurde in besagter Zeitschrift eine Person präsentiert, stilsicher abgebildet vor einer Hakenkreuz-Fahne. Es ist schon etwas zweifelhaft eine Person, auch nach ihrem Ausstieg, in einer solchen Weise zu präsentieren. Ansonsten, gab es natürlich Anfragen von besorgten Eltern, von Schulen bezüglich Veranstaltungen und es gibt im Monat ca. 20 Personen, die Kontakt zu »Exit« haben und die in der Phase sind, dass sie sich überlegen aussteigen zu wollen. Mehr kann man dazu im Moment auch nicht sagen, weil hier der ganze Informationsfluß nicht so ist, wie er sein sollte.

Wie könnten denn alternative Konzepte aussehen?

Jörg Fischer: Ich halte einen klaren gesamtgesellschaftlichen Anspruch für sehr wichtig, die deutliche politische Positionierung auf der Grundlage eines demokratisch-antifaschistischen Grundkonsens. Das bedeutet eine kontinuierliche und konsequente politische Zusammenarbeit mit anderen. Ich denke, da gibt es Initiativen und Vereinigungen, die sehr geeignet sind und zweifellos ihre Kompetenz in diesem Bereich beizusteuern können, z. B. Antifa-Gruppen oder die VVN. Bedauerlicherweise gibt es hier anscheinend von verantwortlichen Personen bei »Exit« gewisse Berührungsängste.

Gibt es noch andere Aussteiger, die bei »Exit« mitwirken? Was war deren Motivation für ihren Ausstieg?

Jörg Fischer: Der Prozess des Aussteigens ist immer ein individueller, so dass ich über andere nichts sagen kann. Eine andere, nicht ganz unbekannte Person, die auch mit »Exit« zusammenarbeitet, ist Ingo Hasselbach. Zu ihm habe ich ein ganz klar distanziertes Verhältnis. Das hat etwas zu tun mit Äußerungen in seinem Buch, die sogenannte »Abrechnung«, die sich ja mehr wie ein Abenteuerroman liest als wie eine politische Analyse. Von einer politischen Distanzierung ganz zu schweigen. Das hat aber auch etwas zu tun mit seinem Film, »Verlorene Söhne«, was eine familiäre Personifizierung der Totalitarismustheorie ist. Die einzigen politischen Aussagen, zu denen er fähig ist, ist festzustellen, dass Gewalt scheiße ist und dass die DDR schuld ist, dass er Nazi geworden ist. Das ist mir zu wenig, wir haben da eben sehr unterschiedliche politische Ansätze. Von daher gibt es da keine Zusammenarbeit und keinen näheren Kontakt zwischen uns, was auch daran liegt, dass Herr Hasselbach keine Veranstaltungen macht und sich nach eigenen Auslassungen auch mit dem Thema nicht beschäftigen will.

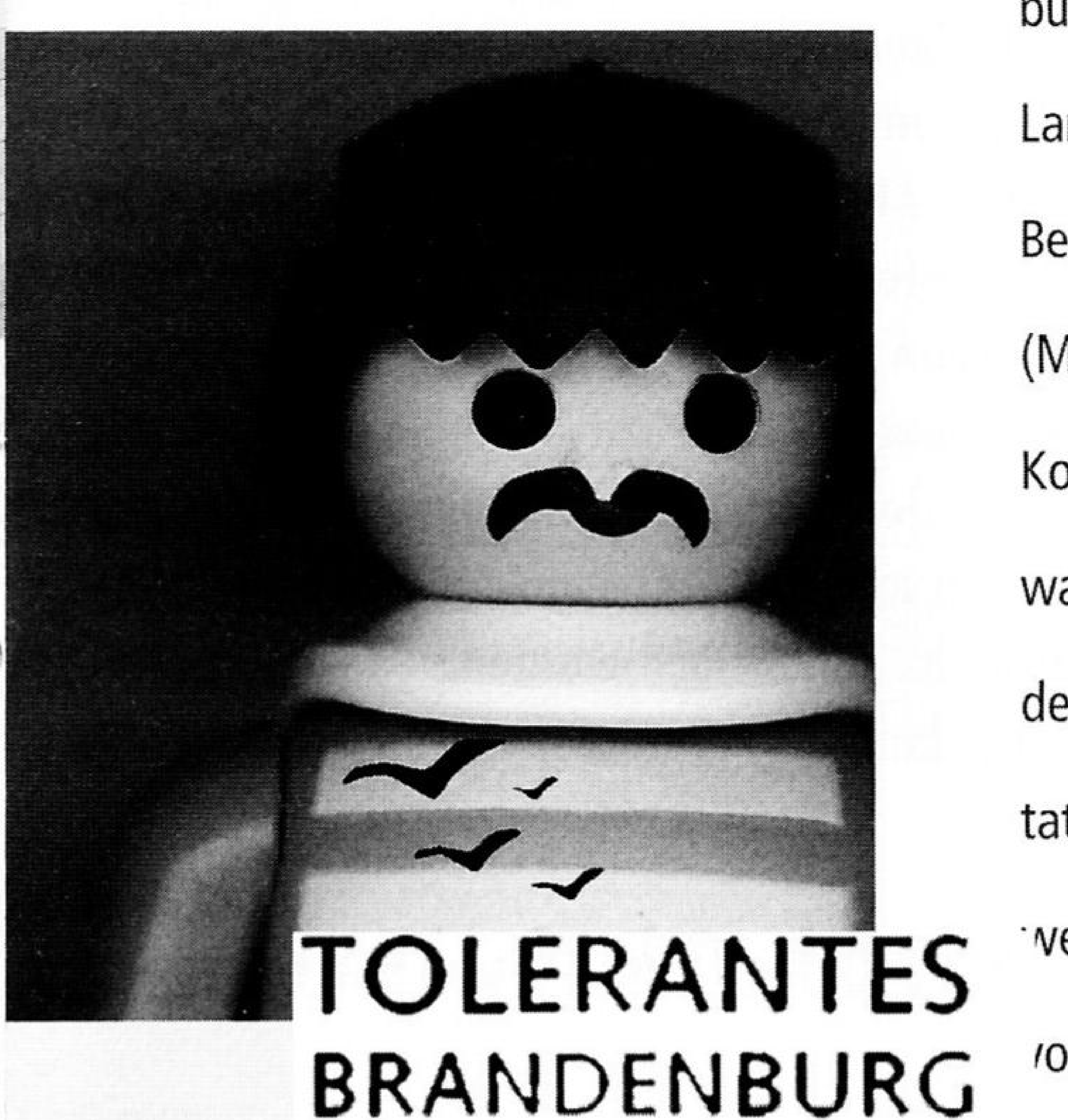
Ich will nicht sagen, dass »Exit« gescheitert ist. Es ist noch Zeit, Konzepte zu erarbeiten und etwas Praktisches, Fassbares zu machen. Es kann nicht darum gehen, eine Fata Morgana, um die sich sowieso keiner mehr kümmert, noch nicht mal in der Nazi-Szene, noch künstlich am Leben zu halten.

Von Jörg Fischer ist inzwischen die zweite Auflage des Buches »Ganz rechts. Mein Leben in der DVU« bei Rowohlt erschienen. Im Herbst 2001 erscheint von ihm bei espresso »Das NPD-Verbot«.



[1] Jörg Fischer

Die Blockierer mit ins Boot geholt: Im Juni 1998 installierte die Landesregierung Brandenburg medienwirksam das »Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg« – das bundesweit erste umfassende Landesprogramm gegen Rechtsextremismus. Ein wesentlicher, inzwischen von anderen Bundesländern kopierter Bestandteil dieses Konzepts, sind sogenannte **»Mobile Beratungsteams«** (MBTs), die in fünf Regionalbüros mit je zwei MitarbeiterInnen und einer Geschäftsstelle in Potsdam kommunale Konzepte gegen Rechts ausarbeiten und als BeraterInnen für Schulen, Knäste, Jugendclubs und Kommunalverwaltungen tätig sind. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, blieb das Konzept wirkungslos: In Brandenburg wurden im Jahr 2000 bundesweit die meisten rechtsextremen Straftaten verübt; und mit 77 rechtsextremen Gewalttaten – die meisten davon rassistisch motiviert – liegt das Land auch im Bereich rechtsextremer Gewalt bundesweit an zweiter Stelle.[1] Anhand der Aktivitäten des MBTs Südbrandenburg in Guben – nach der tödlichen Hetzjagd von Neonazis auf den algerischen Flüchtling Farid Guendoul am 13. Februar 1999 – wird in dem nachfolgenden Artikel ein Beispiel dafür analysiert, wie MBTs zu hilflosen Imageverbesserern für ignorante Kommunen werden.



»Weltoffenes Guben«



» Guben ist eines der ersten und wichtigsten Experimentierfelder des »Handlungskonzeptes Tolerantes Brandenburg« und gleichzeitig seine Niederlage. Das »Mobile Beratungsteam« (MBT Südbrandenburg) versuchte hier, Prozesse der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus zu initiieren und zu moderieren. Spätestens seit dem Sommer 2000 gilt diese Intervention als gescheitert.

Der Darstellung sei vorausgeschickt, dass die strategischen Ansätze des Gesamt-MBT vielfältiger sind als die Variante des Interventionskonzepts zu Guben. Das MBT Südbrandenburg schien von folgenden Überlegungen auszugehen, die aus der Geschichte des MBT vor dem »Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg« stammen und hier mit eingeflossen sind.

Ein Bewußtsein, das dem Problem Rechtsextremismus und Rassismus angemessen wäre, das Rechtsextremismus und Rassismus in allen Formen zurückdrängen würde, könne nicht »von außen hineingetragen« werden. Es müsse hingegen Produkt eines kollektiven Lernprozesses der lokalen AkteurInnen sein, denn nur diese könnten nachhaltig geänderte Einstellungen und Verhaltensweisen sowie andere Praxisformen tragen. Deshalb müsse der Ausgangspunkt des Prozesses die unterschiedlichen Problemwahrnehmungen sein, so wie sie in der Stadt anzutreffen sind. In einem gesellschaftlichen Diskussionsprozess könnten sich diese unterschiedlichen Wahrnehmungen artikulieren, voneinander lernen und sich weiter entwickeln. Eine »Situationsanalyse« könne also nicht von außen vorgegeben werden. (...)

Ganz moderat auf der Suche nach dem Konsens

Die Intervention des MBT folgte impliziert vier Prinzipen. An erster Stelle sollten alle relevanten AkteurInnen am Diskussionsprozess beteiligt werden. Dem lag die Frage zugrunde, wie das Thema Rechtsextremismus aus seinem Nischendasein, nur diskutiert von der kleinen antifaschistischen und antirassistischen Szene, herausgeholt werden kann. Eine Überlegung dabei war, das Thema zu einem Problem zu machen, für das sich die gesamte Gesellschaft verantwortlich zeigen müsse. Würden die lokalen

Autoritäten eine Thematisierung unterstützen, würden sich daran auch autoritätsgläubige BürgerInnen orientieren und an der Diskussion beteiligen. (...)

Das zweite Prinzip besagte, dass Maßnahmen nur im Konsens aller relevanten AkteurInnen beschlossen werden sollten. Damit sollte vermieden werden, dass die Diskussion über Rechtsextremismus durch parteipolitische Machtkämpfe überlagert wird. (...) Stattdessen sollten alle AkteurInnen für die Situationsanalyse und für neue Handlungsmöglichkeiten gewonnen werden. Zumindest sollten sie den Prozess soweit akzeptieren können, dass sie ihn nicht blockieren würden.

Ein weiteres Prinzip postuliert, dass das MBT sich auf eine Moderationsrolle beschränkt. Die Moderatorenrolle sollte inhaltlich neutral und unparteiisch sein, damit sie von allen anerkannt wird. Würden die Moderatoren hingegen in lokale Machtkämpfe verstrickt wahrgenommen, würden sie vermutlich schnell als illegitime Außenseiter und Eindringlinge ausgegrenzt.

Schließlich sollte der Diskussionsprozess positive Visionen von Demokratie und Zivilgesellschaft zum Thema haben. »Negative« Kritik an rechtsextremen und rassistischen Einstellungen und Verhaltensweisen würde Abwehrreaktionen der Gubener Bevölkerung provozieren, die sich dann zu einer »Wagenburg« gegen alles Schlechte von Außen zusammenschließt. Deshalb sollten die AkteurInnen mit einer »positiven« Vision gewonnen werden: dem »Weltoffenen Guben«.

Mobile Beratungsteams als Feigenblätter und Alibi-Aktivisten

»Gegen Extremismus und Gewalt« statt gegen Neonazis und Rassisten

Die auf diesen Prinzipien beruhende Intervention scheiterte an den Gubener Macht- und Interessensverhältnissen, und zwar weil diese eben nicht zum Thema gemacht wurden. Es sollte nicht vergessen werden, was der Anlass der Intervention des MBT war. Zwar hatten die beiden MBT-Mitarbeiter schon vor der Hetzjagd mit LokalpolitikerInnen Kontakt aufgenommen, aber ohne die Hetzjagd und die mediale Thematisierung von Rechtsextremismus in Guben wäre es wohl kaum zu einer solchen strategischen Intervention gekommen. Nach der Hetzjagd hatten die LokalpolitikerInnen »ein Problem«: In der medialen Öffentlichkeit – überregional bis ins Ausland – wurde mehr oder weniger eng ein Zusammenhang zwischen dem toten Flüchtling und dem Komplex von Jugend, Gewalt, Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit hergestellt, was ohne Frage den Ruf der Stadt »belastete«. Aus diesem Leidensdruck, bei einigen wohl auch aus authentischer Betroffenheit über den Tod von Farid Guendoul, nahmen Teile der lokalen Autoritäten das MBT-Angebot an. Damit lag aber auch der Grund einiger »relevanter« AkteurInnen sich zu beteiligen nicht im Willen, den Rechtsextremismus zu bekämpfen, sondern darin, den guten Ruf der Stadt im In- und Ausland wieder herzustellen.

Ein erster Fehler des Konzeptes ist Folgendes: Es kann nicht darum gehen, alle AkteurInnen »mit ins Boot zu holen«, gleich welche Interessenslagen sie haben. Ein Bündnis gegen Rechts kann als gemeinsamen Nenner nur den Willen haben, Rechtsextremismus zu bekämpfen, und nicht ein Unbehagen über den schlechten Ruf der Stadt. In Guben sind jedoch an dem auf Konsens angelegten Prozess auch solche AkteurInnen beteiligt worden, die mit Rechtsextremismus selbst kein Problem haben, weil sie ihn gar nicht wahrnehmen. Es ist dann nur folgerichtig, wenn diese AkteurInnen aus dem Begriffs-Wirrwarr einige frei flotierende Elemente neu kombinieren und »Extremismus und Gewalt« als Hauptproblem definieren. Und nach dem Konsensprinzip eignet sich nur diese Problemdefinition als kleinster gemeinsamer Nenner.

Es ist naiv anzunehmen, die »verschobene« Problemsicht beruhe auf einem Missverständnis, das sich, konfrontiert mit anderen Problemwahrnehmungen, während des Prozesses selbst auflösen würde. Rassismus, die Ignoranz beziehungsweise das Einverständnis mit rassistischen Ausgrenzungspraxen, ist immer gekoppelt an eigene Machtinteressen, und seien diese auch noch so imaginär. Die GegnerInnen einer Thematisierung von Rechtsextremismus und Rassismus waren nicht bereit, ihre Blockade des Prozesses aufzugeben.

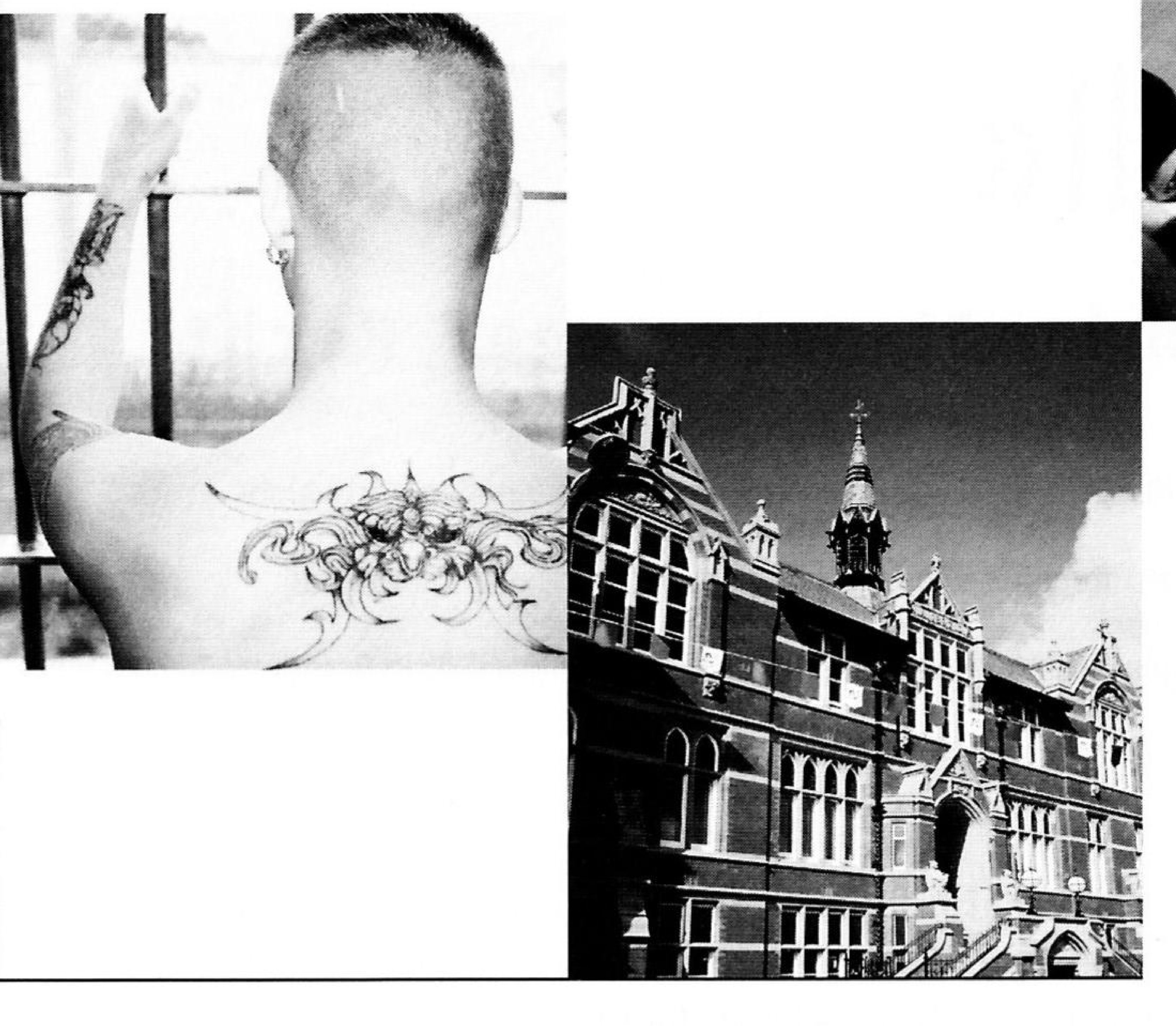
Trommeln gegen Rassismus

Eine weitere Folge der inhaltlichen Entleerung durch zu breiten Konsens ist die völlige Beliebigkeit der projektierten Aktivitäten. Neben der Situationsanalyse sah das MBT-Konzept ein »Sofortprogramm« vor, worunter anfangs Maßnahmen verstanden wurden, die leicht und schnell durchführbar wären. Da sich solche leichten und schnellen Maßnahmen nicht fanden,[2] wurde das Sofortprogramm umdefiniert in einen ersten Impuls zur BürgerInnenbeteiligung. Es sollte ein Ideenwettbewerb sein, wie alle in ihrem Umfeld Begegnungsmöglichkeiten mit AusländerInnen verbessern können. Unter dem Vorwand, besondere Empfindlichkeiten von Honoratioren beziehungsweise die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung sei verletzt worden, wurde selbst dieser Ideenwettbewerb vom Tisch gewischt. Selbst wenn der Ideenwettbewerb »Weltoffenes Guben« doch noch realisiert worden wäre, wäre dabei wohl wenig mehr als Scheinaktivitäten ohne Bezug zum Thema Rassismus und

1| AFP, 27.4.2001

2| Auch die Schließung eines ausgewiesenen Neonazi-Jugendclubs wäre alles andere als leicht, schnell oder unumstritten durchzuführen gewesen, da alle Sozialprojekte mit ökonomischen oder Machtinteressen verknüpft sind.





■ Arbeitsfelder der Mobilen Beratungsteams :

Gemeinden, Verwaltungen, Schulen und Knäste. Nach dem Konsensprinzip soll bei den »Klienten« für »Toleranz« geworben werden. Auf der Basis des kleinsten gemeinsamen Nenner aller Beteiligten kann jedoch keine antirassistische Arbeit umgesetzt werden. Statt sich an die Opfer von Rassismus zu wenden und diese zu stärken, werden die Täter und ihre »Beschützer« sozialarbeiterisch umarmt.

Rechtsextremismus herausgekommen. Erinnert sei an vergleichbare Aktivitäten wie »Schule ohne Rassismus«, wo reale Konflikte zwischen SchülerInnen unterschiedlicher Nationalität ausgeklammert wurden, aber dennoch an einem Projekttag mit »trommelnden Afrikanern Vorurteile« überwunden werden sollten. Vielleicht wird bald sogar das Pflanzen eines ausländischen Baumes als Beitrag für Weltoffenheit verkauft. Diese gut gemeinten Aktivitäten führen zum Selbstbetrug, wenn dabei eine direkte Thematisierung unangenehmer Dinge als »nicht positiv« und »nicht konstruktiv« ausgeschlossen wird.

Die Kehrseite des Konsenses der »relevanten« AkteurInnen und des Zwanges zu »positiven« Aktivitäten, die keinen verprellen sollen, ist die weitere Ausgrenzung der »nicht-relevanten AkteurInnen«. »Nicht-relevant«, weil nicht etabliert, nicht Teil des lokalen Machtfilzes, sind die von Rechtsextremismus und Rassismus direkt Betroffenen, die Flüchtlinge in den Heimen, die wenigen anderen AusländerInnen, die Antifas und solche Jugendliche, die sich dem rechten Mainstream nicht angepasst haben. Ohnehin gesellschaftlich isoliert, sind sie den Angriffen der Rassisten und der rechten Szene ausgesetzt. Das ist eine wesentlich genauere Problemverortung als das beliebige Gerede von Weltoffenheit. Doch diese Sicht stört den mühsam erreichten Konsens zwischen den etablierten AkteurInnen. Und so wird zur Vermeidung einer angeblich schädlichen Polarisierung die Antifa als »bloß negative, unkonstruktive Kritik« aus dem Prozess ausgeschlossen. Im Fall der Flüchtlinge und Jugendlichen geschieht das, weil sie sich noch nicht als AkteurInnen mit einer Stimme konstituiert haben. Es ist kein Zufall, dass Flüchtlinge und Antifas nicht in den Prozess der Situationsanalyse mit einbezogen wurde.

Zusammenfassend führte das Interventionskonzept des MBT zu einer inhaltlichen Entleerung des Kampfes gegen Rechtsextremismus und Rassismus und durch die Problemverschiebung zu einer noch innigeren Umarmung der TäterInnen sowie schließlich zu einer weiteren Ausgrenzung der KritikerInnen des rechten Konsens.

Den TäterInnen und TäterschützerInnen auf die Pelle rücken

Aus der Perspektive unabhängiger Basisinitiativen sähe ein Konzept anders aus: Als marginalisierte AkteurInnen – mit Zugang zu überregionalen Medien – können es AntifaschistInnen den TäterschützerInnen, die schon lange wieder zur normal-rassistischen Tagesordnung übergehen wollen, schwer machen. AntifaschistInnen – und manche Medien – erinnern immer wieder an den Ausgangspunkt, an die Hetzjagd, an das Schicksal der Opfer, der toten wie der überlebenden. Sie können die TäterschützerInnen mit den offen sichtbaren Zusammenhängen konfrontieren: dass es eine »rechte Szene« gibt, die nicht »Extremisten von ausserhalb« sind; dass es ein Kontinuum von der rechtsextremen Gewalt bis zur »gewaltfreien« rassistischen Ausgrenzung gibt; dass die Gewalt der wenigen durch das Wegschauen der vielen bedingt ist.

Trotzdem führt kein Weg an Bündnissen gegen Rechts vorbei, allerdings auf der erklärten Grundlage, gegen Rechtsextremismus und Rassismus aktiv werden zu wollen, und mit Beteiligung der Gruppen von direkt Betroffenen, deren Problemsicht die Problemdefinition des Bündnisses zentral bestimmen sollte. Die Aktivitäten eines solchen Bündnisses müssen notwendig kritisch sein. Ihre Funktion ist es, Druck auf die kommunalen AkteurInnen auszuüben, die nur mittelbar an der Bekämpfung des Rechtsextremismus interessiert sind.

Die Aktivitäten sollten prinzipiell folgende Ziele verfolgen: Solidarisierung mit den Opfern und den Betroffenengruppen, darüber hinaus Engagement gegen gesellschaftliche Ausgrenzung von Minderheiten, Entsolidarisierung mit den TäterInnen und den TäterschützerInnen. ■



Der Artikel ist dem Beitrag »Tolerantenburg exposed« aus dem sehr lesenswerten Buch »Nur ein Toter mehr ...« entnommen und wurde dem AIB von den HerausgeberInnen zur Verfügung gestellt.

Prozessbeobachtergruppe Guben (Hrsg.)
Nur ein Toter mehr ....
Alltäglicher Rassismus in Deutschland und die Hetzjagd von Guben
reihe antifaschistischer Texte – rat | UNRAST-Verlag Hamburg | Münster, März 2001, 19,80 D-Mark

Polizeiruf »8 8 Null«

Sondereinheiten im Einsatz gegen Rechts

Sie sind fester Bestandteil des staatlichen Handlungsarsenals gegen Rechts: Die von Medien und Politikern gleichermaßen hochgelobten Polizeisondereinheiten. Wie wenig Medienhype und Realität übereinstimmen, soll hier anhand der Berliner Einheit »Politisch Motivierte Straßengewalt« (PMS) und der »Mobilen Einsatztrupps gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt« (MEGA) in Brandenburg analysiert werden.

» Eberswalde, 27. März 2001: Während rund 300 Neonazis durch die Kleinstadt marschieren, protestieren knapp 100 jugendliche Antifas am Straßenrand. Eine bekannte Situation entsteht: Eine Kette von Bereitschaftspolizisten stellt sich vor die linken Jugendlichen, die ohnmächtig Parolen rufen, als die Neonazis vorbeimarschieren. Eine Situation, die viele AIB-LeserInnen kennen. Doch dann ändert sich das Szenario schlagartig. Mit den Neonazis erreicht auch die Berliner Polizeieinheit »Politisch Motivierte Straßengewalt« (PMS), die die Berliner Kameradschaft Germania begleitet, die Straßenecke, an der die Antifas ihre Kundgebung abhalten. Die Beamten der PMS drängen sich an den Bereitschaftspolizisten vorbei und beginnen, auf die linken Jugendlichen einzuschlagen. So brutal und grundlos, dass es dem Einsatzleiter der Potsdamer Bereitschaftspolizei schließlich reicht. Er fordert die »Berliner Kollegen« auf, zu den Nazis zurückzukehren und die linken Jugendlichen in Ruhe zu lassen. Augenzeugen berichten, dass Beamte der PMS in den Seitenstraßen weitere linke Jugendliche geschlagen hätten. Nach dem Ende des Aufmarsches entschuldigt sich der Einsatzleiter der Bereitschaftspolizei bei dem Anmelder der Antifakundgebung für das Vorgehen der PMS.

Schläge gegen Links, Streicheleinheiten nach Rechts

Die Vorfälle von Eberswalde sind keineswegs Ausrutscher der von den Medien als Eliteeinheit gegen Rechts gefeierten PMS.

Am 1. Mai 2000 wird in Berlin-Kreuzberg am Rande der 1. Mai-Randale ein als Antifaaktivist polizeibekannter 31jähriger von Zivilbeamten der PMS festgenommen. Der Verhaftete wird in einem Polizeifahrzeug an einen verlassenen Ort gefahren und von mehreren – teilweise vermummten – Polizisten beschimpft und so schwer zusammengeschlagen, dass er das Bewußtsein verliert. Sein Gesicht ist tagelang mit Blutergüssen übersät. Ein Ermittlungsverfahren gegen »unbekannt« wegen Körperverletzung im Amt verläuft ergebnislos.[1]

Als am 5. Juni 1999 in Hamburg ein Neonazi-Aufmarsch gegen die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« verboten wurde, gelang es den Freien Kameradschaften trotzdem, in Ludwigslust in Mecklenburg-Vorpommern zu marschieren. Zunächst hatten SEK-Einheiten die Busse der aus ganz Deutschland angereisten Neonazis bis zum Ortsrand von Ludwigslust begleitet. Dort blieb es vier Beamten eines Zivilfahrzeuges der PMS überlassen, sich an die Spitze der Neonazidemonstration zu setzen und den Verkehr zu regeln. Die PMS-Beamten hatten an diesem Tag die Berliner Kameradschaften begleitet. Sie sahen zu, wie 500 militante Neonazis trotz Demonstrationsverbots in ganz Norddeutschland in Ludwigslust zwei Stunden lang brüllend durch die Straßen ziehen konnten.[2]

Diese Beispiele sind keineswegs Ausnahmen, sondern lediglich einige Höhepunkte aus der Bilanz der PMS. Die sogenannte Sonderermittlungsgruppe wurde 1992 eingerichtet und 1994 dem Landeskriminalamt (LKA) angegliedert. Heute sind dieser Einheit rund 60 Beamte zugeteilt: Sie besteht aus der LKA Einheit 514 mit 35 Sachbearbeitern der Kriminalpolizei in vier Kommissariaten, vier Sachbearbeitern der Kriminalpolizei und einem Sachbearbeiter der Schutzpolizei im Bereich der Info-Aufbereitung und Auswertung. Hinzu kommen 25 Mitarbeiter des LKA 6317 PMS im Bereich der sogenannten Operativen Gruppe.[3] Die offizielle Zielsetzung lautet u.a: »Erkannte Straftäter aus (...) der Anonymität zu reißen, um diese Personen und ihre Sympathisanten oder Mitläufer von der zukünftigen Begehung von Straftaten abzuhalten.« Dazu werden »ständig und anlassunabhängig offene und verdeckte Aufklärungsmaßnahmen in der rechten Szene betrieben, allgemeine Kontaktgespräche mit Personen, die dem äußeren Erscheinungsbild nach der rechten Szene zuzuordnen sind, geführt und anlassabhängig konkrete Gefährdeansprachen mit potentiellen Störern/Straftätern geführt.«[4] Nach außen hin erklärt das LKA, Schwerpunkt von LKA 514 und LKA 6317 PMS sei »die Bekämpfung des Rechtsterrorismus/-extremismus und fremdenfeindlicher Gewaltdelikte«. Neben Strafverfolgungsmaßnahmen gehe es dabei um Informationsgewinnung über »Aufbau und Struktur rechtsextremistischer Organisationen«, über Führungskader und Mitglieder und deren Treffpunkte. Außerdem würden die Beamten Kontakte zu benachbarten Dienststellen, Jugendleitern, Bezirksämtern etc. pflegen.



Tatsächlich wirkt sich das eher schlicht gestrickte Konzept in der Praxis fatal aus: Die PMS hat augenscheinlich die Totalitarismustheorie verinnerlicht und geht nach dem Motto »der Feind in diesem Land steht immer links« bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen AntifaschistInnen vor: Zum Beispiel am 17. März diesen Jahres in Berlin-Lichtenberg, als AntifaschistInnen eine SS-Gedenkfeier der Jungen Nationaldemokraten (JN) störten und u.a. Beamte der PMS daraufhin in der Umgebung des Veranstaltungsortes willkürlich 38 Menschen festnahmen, die ihrem Feindbild von »autonomen Gewalttätern« entsprachen und/oder in entsprechenden Lichtbildkarteien gespeichert sind.[5] Wie unhaltbar die Festnahmen waren, zeigte sich bei den Vorführungen bei den Haftrichtern, die alle Festgenommenen freiließen.[6] Objekte der PMS-Begierde sind insbesondere Frauen und Männer, die von Staats- und Verfassungsschutz willkürlich der »Antifaschistischen Aktion Berlin« (AAB) und ihrem Umfeld zugeordnet werden. Sie werden von PMS-Beamten auf bestimmten Demonstrationen mit dem Ziel der Verunsicherung namentlich angesprochen und mit haarsträubenden Ermittlungsverfahren – oft wegen sogenannter unpolitischer Delikte – überzogen.

Im Bereich Rechtsextremismus, um den sich die PMS laut Aufgabenbeschreibung eigentlich kümmern soll, fällt die Bilanz kläglich aus. Das Konzept der »Kontaktaufnahme« mit den zu beobachtenden Neonazis und ihrem jugendlichen Umfeld hat zu einer gefährlichen Nähe zwischen PMS und ihren »Objekten« sowie zu einer männerbündlerischen Kumpanei geführt. »Man kennt sich« und läßt sich weitestgehend in Ruhe. Unter Neonazis gilt es als Zeichen der eigenen Bedeutung, von der PMS angesprochen und beobachtet zu werden. Dass sich in den Anti-Antifa-Listen der Neonazis auch einzelne PMS-Beamte wiederfinden, beweist keineswegs die immer wieder betonte Gefährdung der PMSler – die u.a. dazu führt, dass PMS-Beamte bei Prozessen gegen linke Jugendliche vor Gericht als Zeugen Sonderkonditionen einfordern. Bislang sind die Opfer von Angriffen durch die Anti-Antifa immer nur linke Jugendliche gewesen.

Auch die Erfolgsmeldungen von einigen wenigen aufgelösten Neonazikonzerten und Versammlungen, mit denen die PMS gerne ihre eigene Bedeutung unterstreicht, sind bloße Augenwischerei. Die polizeilichen Maßnahmen könnten genauso gut oder schlecht von jeder x-beliebigen Polizeieinheit durchgeführt werden – zumal die PMS bei größeren Ereignissen ohnehin nicht alleine agiert. Wie wenig die Vorfeldaufklärung der PMS taugt, zeigen antisemitische Schändungen der letzten Jahre: Als am 3. Oktober 1999 der jüdische Friedhof in Weissensee und das Mahnmal für die deportierten Juden in Berlin-Moabit geschändet wurden, waren zumindest in Moabit Zivilpolizeistreifen unterwegs. Festgenommen wurden jedoch nicht die Neonazis, sondern AntifaschistInnen, die in der Nähe des Mahnmals gegen Republikaner-Wahlkampfplakate vorgegangen sein sollen.[7]

Festzuhalten bleibt, dass dort, wo die PMS vorzugsweise gegen Rechte auftritt – bei Neonazi-Aufmärschen – die Neonazis zumeist aus politischem Kalkül im legalen Rahmen agieren. Rassistische und rechtsextreme Angriffe finden nach Feierabend des PMS-Begleitservices statt. Dafür sprechen auch die Zahlen der offiziell registrierten rechtsextremen Delikte in Berlin, die im Jahr 2000 um 40 Prozent

1| Vgl. junge Welt 6. 5. 99, Neues Deutschland 6. 5. 9 Süddeutsche Zeitung 6. 5 1999, Stellungnahme von Rechtsanwalt des Betroffenen gegenüber dem AIB
2| Vgl. AIB Nr. 48, S. 31f.
3| s. Landespolizeischule Mediendienst »Schriften zur Fortbildung« – SzF 35 Rechtsextremismus, Berlin Oktober 2000
4| Ebenda
5| Bericht des LKA Berlin vo 17. 3. 2001
6| Tagesspiegel vom 21/22. März 2001, Berichte von Betroffenen

Genug ist genug

Die Ausschreitungen in Oldham, Burnley und Bradford

In der Nacht vom 26. auf den 27. Mai explodierte die Gewalt in den Straßen der nordwestenglischen Stadt Oldham, als sich junge asiatische MigrantInnen in dem verarmten Viertel Glodwick Straßenschlachten mit Sondereinheiten der Polizei lieferten. Die Ausschreitungen in Oldham sind Folge rassistischer Übergriffe und sozialer Verelendung.

Der Artikel wurde uns von der internationalen antifaschistischen Zeitschrift »Searchlight« aus Großbritannien zur Verfügung gestellt.

→ **Searchlight**
37B New Cavendish Street, London, WC1M 8JR.

» Die Ereignisse in Oldham waren nur der Auftakt für eine ganze Reihe von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen asiatischer Herkunft und der Polizei in ehemaligen Textilindustrie-Städten im Norden Englands – alle wurden durch faschistische Provokationen ausgelöst. Innerhalb eines Monats breiteten sich die Auseinandersetzungen von Oldham in die Städte Burnley und Bradford aus.

Während der Auseinandersetzungen in Oldham, die britische und ausländische Medien fälschlicherweise als »Rassenunruhen« bezeichneten, wurden Brandsätze geworfen, Autos angezündet und mehrere Polizeifahrzeuge demoliert. Erst am frühen Sonntagmorgen beruhigte sich die Situation. Nachdem die Behörden die Probleme sowohl der MigrantInnen als auch der weißen Einwohner von Oldham 15 Jahre lang ignoriert hatten, waren sie nun endlich gezwungen, diese zur Kenntnis zu nehmen.

Was in Glodwick geschah, waren keine »Rassenunruhen«, wie Politiker von New Labour und den Konservativen nach den Ereignissen erklärten. Im Gegenteil, es war der Ausbruch einer wütenden Frustration der asiatische EinwohnerInnen, aufgrund Massenarbeitslosigkeit, schlechter Wohnverhältnisse, Armut, rassistischer Politik und der Demütigungen durch die weißen Rassisten, von denen einige in faschistischen Gruppen wie der »British National Party« (BNP), der »National Front« (NF) und bei den Nazi-Terroristen von »Combat 18« (C18) organisiert sind.

Der Funke, der das Pulverfass von Groll und Zorn zur Explosion brachte, war die Invasion faschistischer Gangs in Glodwick, die Häuser von asiatischen Einwohnern angriffen, Fenster einwarfen, ihr Eigentum und ihre Geschäfte zerstörten und eine schwangere Frau überfielen.

Genug war genug. Die Geduld der asiatischen Community, die sie in den vergangenen sieben Wochen faschistischer Übergriffe und medialer Herabwürdigung gezeigt hatte, war erschöpft, und den Jugendlichen blieb keine andere Wahl, als auf den Straßen ihre Wohnungen, Familien und ihre Gemeinschaft militant zu verteidigen.

Nach diesen so genannten Unruhen zeichneten die Medien ein verdrehtes Bild, das nur wenige – außer den Rassisten, deren Gewalt die Situation erst hervorgerufen hatte – zufrieden stellen konnte. Zeitungen und Fernsehsender käuten die Medien-Erfindung wieder, wonach sich asiatische Viertel wie Glodwick in No-Go-Areas für Weiße verwandelt hätten. Eine Lüge, die einige Wochen zuvor selbst von der Polizei widerlegt worden war.

Das schreckliche Foto des 76jährigen Kriegsveteranen Walter Chamberlain, der einen Monat zuvor von einigen Asiaten bei einem Überfall zusammengeschlagen worden war, wurde auf den Bildschirmen als Beweis angeführt.

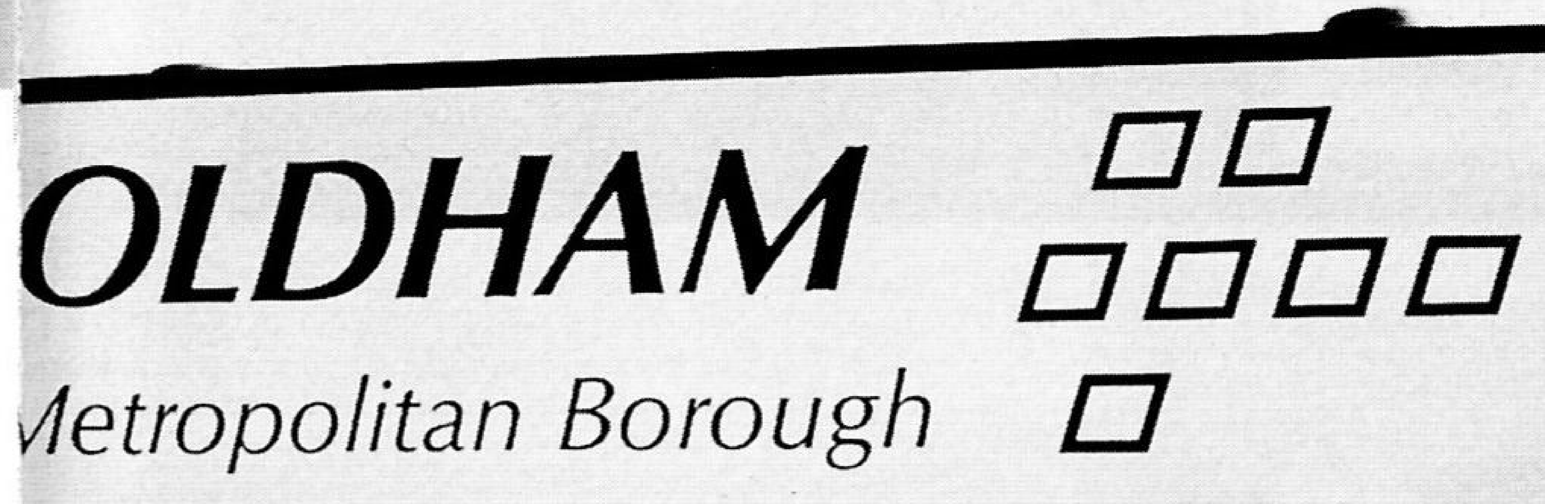
Radiosender und Zeitungen berichteten wiederholt über den Fall Chamberlain. Die Unterstellung, dieser Angriff, der von der asiatischen Community ebenfalls scharf verurteilt wurde, sei rassistisch motiviert gewesen, war ebenfalls eine Lüge, die von Chamberlain und seiner Familie unverzüglich zurückgewiesen wurde.

Der plötzliche Einfall einer gewalttätigen Bande organisierter Faschisten und rassistischer Hooligans in Glodwick wurde von der Presse kaum erwähnt, so dass die Opfer der Gewalt als die Verursacher dargestellt wurden.

Vor dem 26. Mai hatten bezeichnenderweise wenige Menschen im Ausland von Oldham gehört. Oldham ist eine verarmte Stadt, in der früher vor allem die Kohle- und die Textilindustrie dominierten. Als der Kohlebergbau Ende der fünfziger Jahre eingestellt wurde, blieben nur 150 Textilbetriebe und einige wenige Maschinenfabriken übrig. Die brutale Politik gegen die Arbeiterklasse durch die Regierung Thatcher beseitigte in den 80er Jahren den verbliebenen Rest von Industrie und Arbeitsplätzen.

Die Konsequenzen des wirtschaftlichen Niedergangs wurden dadurch verschärft, dass zwischen 1950 und 1980, bedingt durch die Anforderungen des kapitalistischen Arbeitsmarkts, eine demographische Veränderung stattgefunden hatte. Der Arbeitskräftemangel wurde durch MigrantInnen vom indischen Subkontinent behoben.

Der größte Teil der EinwanderInnen wurde gettoisiert. Die Wohnungspolitik drängte die AsiatInnen in die ärmsten Teile der Stadt, und die Arbeitsbedingungen in den Textilbetrieben führten









zu der Bezeichnung »Paki-Schicht«, gemeint war die Nachtschicht. Unter den 219.000 EinwohnerInnen von Oldham sind 24.600 asiatischer Herkunft, wovon 14.000 aus Pakistan, 9000 aus Bangladesch und 1600 aus Indien kommen.

Die Arbeitslosigkeit ist seit dem Zusammenbruch der Textilindustrie hoch, und die gesamte Arbeiterklasse – ob MigrantInnen oder Weiße – lebt seither an der Grenze zum Existenzminimum. Am härtesten hat es die asiatische Community getroffen: 25 Prozent der aus Bangladesch und 16 Prozent der aus Pakistan stammenden ArbeiterInnen sind arbeitslos.

Ebenso wie die weiße Arbeiterklasse, um ihre Jobs gebracht und von den Politikern ignoriert wurde, muss die asiatische Community in einer zunehmend rassistischen Umgebung und unter zunehmender Gettoisierung für sich selbst sorgen. Die Zahl der rassistischen Übergriffe in der Stadt ist eine der höchsten in Großbritannien, wie eine Statistik des Polizeichefs von Oldham, Eric Hewitt, zu bestätigen scheint. Nach dieser Statistik werden die meisten »rassistischen« Straftaten allerdings von aus Pakistan und Bangladesch stammenden EinwohnerInnen an Weißen begangen. Dabei wird der Umstand ignoriert, dass nur wenige Asiaten sich noch die Mühe machen, die zahlreichen Angriffe von Weißen überhaupt anzuzeigen.

Mit Statistiken lässt sich alles beweisen und diejenigen von Hewitt waren das Signal für Rassisten, nach Oldham zu kommen, um die »weiße Rasse« zu verteidigen. Eine von der Polizei gelobte Aktion der BNP »gegen rassistische asiatische Übergriffe« vor dem Polizeigebäude in Oldham führte im März zur Eskalation der angespannten Situation. Dies geschah inmitten einer rassistischen Kampagne von Medien und Politikern gegen »falsche« Asylbewerber.

Von der BNP angeleitet, wüteten an den folgenden Wochenenden die NF, C18 und Hooligans in asiatischen Siedlungen und veranstalteten Demonstrationen. Selbst als sämtliche Kundgebungen in der Stadt verboten und 500 zusätzliche Polizisten eingesetzt wurden, um dieses Verbot durchzusetzen, marschierten am 5. Mai die NF und Hooligans auf. Versuche der Polizei, die Rassisten unter Kontrolle zu halten, erwiesen sich als völlig ineffektiv; anschließend griffen sie ein mehrheitlich von Asiaten bewohntes Gebiet an.

Am 26. Mai hatte dieser marodierende Mob das Stadtzentrum tatsächlich in eine No-Go-Area verwandelt – sowohl für Asiaten als auch für Weiße, die einkaufen gehen wollten. In der Überzeugung, sich ungehindert bewegen zu können, versammelten sich die Faschisten anschließend in einem Pub an der Grenze zu einem asiatischen Wohngebiet. Dort wurden sie von der Polizei festgehalten und später in Sechsergruppen freigelassen. Ihre weiteren Bewegungen wurden nicht beobachtet, aber ihr Ziel war Glodwick.

Die Folgen sind ist bekannt: Die so genannten »Rassenkrawalle« und eine erhebliche Zunahme an Stimmen für die BNP bei den Parlamentswahlen. 6552 Stimmen (26,4%) in Oldham-West, 5091 (11,2%) in Oldham-Ost, 4151 (11,3%) im nahegelegenen Burnley. AntifaschistInnen in Oldham stehen jetzt vor der schweren Aufgabe, die rassistische Flut einzudämmen und zurückzudrängen.

Eine der schlimmsten Folgen der Ereignisse von Oldham waren Angst, Unsicherheit und Spannung in anderen Orten. Nur 30 Kilometer entfernt liegt die frühere Textilindustriestadt Burnley, wo 6000 EinwanderInnen aus Bangladesch und Pakistan wohnen. Die soziale und wirtschaftliche Lage der Stadt ähnelt der von Oldham.

Mit einer Wahlkampagne, die Angst und Frustration der weißen Arbeiterklasse ausnutzte und den EinwanderInnen anstelle der Regierung Blair die Schuld zuschob, kam der Kandidat der BNP in Burnley bei den Paramentswahlen auf 11,2 Prozent der Stimmen.

In den drei Wochen vor den Wahlen hatte es die BNP geschafft, in Burnley genug Spannung zu erzeugen und die Atmosphäre zu vergiften, um einen Gewaltausbruch unvermeidlich werden zu lassen. Der Auslöser war der gewaltsame Angriff einer Bande weißer Rassisten auf einen Taxifahrer asiatischer Herkunft. Der Fahrer erlitt einen Wangenknochenbruch. Ein anderer Taxifahrer wurde im Gesicht verletzt, als Rassisten einen Stein durch die Windschutzscheibe warfen.

→

Schickt Soli-Adressen an:

Oldham United Against Racism
c/o The Law Centre
3 Bridge Street, Oldham OL1
Lancashire, England

→ Als die Ereignisse bekannt wurden, gingen asiatische Jugendliche auf die Straße und griffen zwei Kneipen an, in denen sich Rassisten treffen. Das Ausmaß an Gewalt war nicht allzu groß – doch brachte es die Polizei fertig, die Lage zu eskalieren, als Sahid Malik, Mitglied des Parteivorstandes der Labour Partei und der Kommission gegen rassistische Diskriminierung, mit einem Polizei-Schild geschlagen wurde. Darüber hinaus wurde eine antirassistische Veranstaltung verboten, an der aber trotz des Verbots 500 Menschen teilnahmen. Gegen die Faschisten, die die Auseinandersetzungen angezettelt hatten, wurde so gut wie nichts unternommen – nur vier Personen wurden wegen des Angriff auf den Taxifahrer verhaftet.

Den Nazis war offenbar klar geworden, dass sie sich mit ihrem Wanderzirkus von Schlägern im gesamten Norden Englands bewegen und Auseinandersetzungen anzetteln können. Am 7. Juli war Bradford an der Reihe, als die NF ankündigte, einen Aufmarsch durchzuführen. Die Reaktion von Behörden und Polizei war zwiespältig. Innenminister David Blunkett verbot alle Demonstrationen in der Stadt. Der Stadtrat kapitulierte dagegen vor der NF und sagte den letzten Tag des multikulturellen Stadtfestes »Bradford Festival« ab.

Am 6. Juli sprach der BNP-Chef Nick Griffin vor 150 Zuhörern in einem Stadtteil der weißen Arbeiterklasse, um rassistische Spannungen zu verstärken. Für den nächsten Tag rief die Anti-Nazi-League zu einer friedlichen Demonstration auf, an der 2000 Menschen teilnahmen. Nur wenige Nazis ließen sich sehen und bekannte Schläger der NF tauchten nicht auf; das änderte nichts an den Ursachen der Spannungen.

Am Nachmittag verließ eine Gruppe Schläger, die von dem psychotischen C18-Mitglied David Appleyard geführt wurde, eine Kneipe und begann auf der Straße, Menschen mit asiatischem Aussehen zu verhöhnen. Ein asiatischer Junge wurde bis zur Bewusstlosigkeit zusammengeschlagen. Appleyard wurde kurz später verhaftet.
Wieder einmal war der Schaden angerichtet. Wieder einmal hatte die Polizei gezeigt, dass sie aus ihren Fehlern in Oldham nichts gelernt hatte. Anstatt die Nazis von der Straße zu holen, sobald sie sich zeigten, ermöglichte sie es ihnen, sich über das Demonstrationsverbot lustig zu machen.

Als am Abend die Gewalt ausbrach, waren die meisten TeilnehmerInnen der Antifa-Demonstration nach Hause gegangen. Es steht außer Zweifel, dass die Spannung am Nachmittag entstand, und dass die Empörung darüber, dass die Polizei keine angemessenen Maßnahmen gegen die Nazis ergriffen hatte, zu den Ereignissen am Abend beitrugen.

Allerdings war dies nicht der einzige Grund für die Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und mehr als 1.000 asiatischen Jugendlichen, bei der die Polizei mit Steinen, Flaschen, Molotow-Cocktails, Feuerwerkskörper und Hämmern angegriffen wurde.

Die Gründe sind weit komplizierter: Ausschluss vom politischen Leben, wirtschaftliche Marginalisierung, getrennte Wohnbezirke und Schulen für Weiße und EinwanderInnen, sowie ein Demokratiedefizit. (Die Wahlbeteiligung sank in Oldham, Burnley und Bradford um 18 Prozent.)

Dennoch unterscheiden sich die Ereignisse in Oldham und Bradford. In Bradford gab es eine Beteiligung von islamistischen, klerikal-autoritären Fundamentalisten, die die Hamas unterstützen, von Gangs von Drogendealern aus der asiatischen Community, die die eigenen Leute terrorisieren, und von jungen Männern, die auf Ärger aus sind, um sich ihre Männlichkeit zu beweisen.

Ein letzter Faktor war das klägliche Scheitern der Polizei, die EinwanderInnen vor rassistischen Angriffen zu schützen und das allgemeine Misstrauen gegen die Polizei, deren autoritäres Vorgehen ihnen wenige Freunde gemacht hatte.

All diese Faktoren, angereichert um jede Menge Adrenalin, ergaben die explosive Mischung, zu der die Faschisten schadenfroh den Funken beisteuerten, den es brauchte, um die Situation zu eskalieren.

Die Ereignisse des Samstag Abend haben keinerlei Unterstützung durch die EinwanderInnen-Communitys in Bradford gefunden. Im Gegenteil, sie wurden von VertreterInnen der Communitys und Gewerkschaften – schwarzen, weißen und asiatischen – ebenso wie von den einfachen weißen, afrobritischen und asiatischen Menschen auf das Schärfste verurteilt.

Auf Resonanz sind die Zusammenstöße dagegen bei weißen Jugendlichen gestoßen, die am nächsten Tag ein asiatisches Restaurant und eine Werkstatt im Besitz von Einwanderern angriffen. Dies geschah in derselben Gegend, in der Nick Griffin wenige Tage zuvor seine Veranstaltung durchgeführt hatte.

Inzwischen sieht es somit aus, als plane die Regierung, den Rassismus mit Wasserwerfern und Tränengas zu bekämpfen. Bezeichnend für das Desinteresse der New Labour-Regierung ist, dass Tony Blair in den zwei Monaten, die die faschistischen Provokationen und die folgenden Unruhen schon andauern, sich nicht die Zeit genommen hat, auch nur eine der betroffenen Städte zu besuchen.

Während der Norden Englands brennt, zünden die Faschisten das Streichholz an, schauen zu und spenden Beifall. ■



Zur Etablierung von Neo-Nazis in der Schweiz

Während die Pfiffe und Buhrufe von ein paar Dutzend Neonazis bei der offiziellen Nationalfeier an der mythologischen Gründungsstätte der Eidgenossenschaft zu wochenlangen Debatten in Politik und Medien führten, wird der alltäglichen Präsenz von Neonazis in manchen Dörfern und Kleinstädten der Deutschschweiz mit erstaunlicher Hilflosigkeit begegnet. Insbesondere in der Agglomeration[1] von Bern drohen in manchen Gemeinden rechte Skins neben der Hoheit über die Stammtische nun auch jene auf der Strasse zu übernehmen. Eine erstarkende Antifa-Bewegung kann diese Entwicklung bislang jedoch einigermaßen in den Schranken halten.

»Zero Tolerance« und Akzeptanz

Vom Schweiz-Korrespondenten des AIB.

» Stand die Polizei bislang unter dem Generalverdacht der Kumpanei mit Neonazis, so haben in dieser Beziehung die Ordnungshüter des Kantons Bern »dazugelernt«. Die Lage sei zwar nicht alarmierend, so doch Besorgnis erregend, liess Kurt Niederhäuser, Kommandant der Kantonspolizei Bern, Ende Februar bei der Jahrespressekonferenz verlauten. In den letzten drei Jahren habe die Anzahl der polizeilich bekannten Neonazis jeweils um 50 Prozent zugenommen. Inzwischen zählen offizielle Statistiken 180 zum grössten Teil in losen Strukturen organisierte Nazi-Skins. Das ist rund ein Viertel der von der Bundespolizei gesamtschweizerisch registrierten Neonazis. Gleichzeitig hat sich auch die Qualität des Auftretens der Rechtsextremen verändert. Konzentrierte sich die Präsenz der Schweizer Neonazis bis vor wenigen Jahren vor allem auf spektakuläre Einzelauftritte – sei es im Rahmen von generalstabsmässig organisierten Konzerten mit internationalen Teilnehmern oder durch Anschläge und Übergriffe auf missliebige Personen – so hat sich inzwischen mancherorts eine Alltags(un)kultur entwickelt, die von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde und nun manche Verantwortungsträger vor Probleme stellt.

1| Der Begriff Agglomeration bezeichnet die Vororte und das ländliche Einzugsgebiet rings um eine Großstadt.

Zwischen Verdrängung und Null-Toleranz

Augen zu und erst dann reagieren, wenn strafrechtlich Relevantes vorliegt? Oder »Zero Tolerance« und den Neonazis keinen Raum lassen? Vor diese Alternativen gestellt, reagieren lokale Politiker, Jugend- und Sozialarbeiter in den Vororten von Bern höchst unterschiedlich. In der Gemeinde Münchenbuchsee beispielsweise, die als Hochburg von Neonazis gilt, reagierten alle verantwortlichen Akteure in der Vergangenheit erst dann, wenn ein Übergriff zur Anzeige kam. Im Gegensatz dazu gilt etwa im unmittelbar angrenzenden Moosseedorf eine strikte »Zero Tolerance« Politik, die von Behörden, Jugendarbeit und auch der Gemeindepolizei mit getragen wird. Nicht zuletzt trägt auch das ausgeprägt föderalistisch aufgebaute politische System der Schweiz seinen Teil dazu bei, dass die unterschiedlichsten Handlungsansätze im Umgang mit dem Rechtsextremismus auf engstem Raum nebeneinander bestehen können. Dies hat jedoch wie etwa im Fall der beiden erwähnten Gemeinden zur Folge, dass sich die Szene wie in einem durchlässigen Gefäss verhält: Nimmt der Druck an einem Ort zu, weicht man in den anderen aus.

Die Vergrösserung der rechte Szene manifestiert sich insbesondere auch in ihrer geografischen Ausdehnung. Jüngstes Aktionsgebiet der organisierten Neonazis ist das Berner Oberland. In der so genannten Region Bödeli rund um den Touristenort Interlaken ist seit Ende 2000 die »Befreiungsfront Bödeli« aktiv. Für Schlagzeilen sorgten die drastischen Racheaktionen innerhalb der Organisation: Im Februar wurde ein offenbar Ausstiegswilliger →

→ kurzerhand hingerichtet, mit Gewichten an den Beinen beschwert und in einem See versenkt. Trotz der sofortigen Verhaftung der mutmasslichen Täter – unter anderem ein wegen Schüssen auf einen Polizeibeamten vorbestrafter Jugendlicher – ist die Szene weiter aktiv und hat sich im März/April neu formiert. Nach dem ersten Schock der Behörden in der Region Interlaken ob des kaltblütigen Mordes, herrschte beklemmende Hilflosigkeit. Niemand wollte gewusst haben, dass sich eine Neonazi-Organisation im Aufbau befindet. In der Öffentlichkeit dominierte nicht in erster Linie Empörung wegen der Nazi-Umtriebe; einzig und allein die Tatsache des brutalen Tötungsdelikts war Grund zur Aufregung.

Nationalismus und »unsere Jungs«

Wenn nun nach Gründen für das Erstarken der rechtsextremen Szene im Kanton Bern gesucht wird, fällt auf, dass nicht in erster Linie Rechtsausleger in der Parteienlandschaft den nötigen Nährboden und die Legitimation für fremdenfeindliches und diskriminierendes Handeln liefern. Aggressive rassistische Propaganda wie sie z.B. die national-konservative Schweizerische Volkspartei SVP um den Chemie-Industriellen Christoph Blocher in Zürich betreibt, gibt es vor allem zu Zeiten von Wahl- und Abstimmungskämpfen. Allerdings liegt die Volkspartei, im Kanton Bern die mitgliederstärkste politische Organisation, inhaltlich durchaus auf der Linie ihrer gesamtschweizer und Züricher Parteifreunde. Mit einigen Stichworten heisst dies: Gegen eine Integration der Schweiz in die EU, gegen ein verstärktes Engagement der Schweiz in internationalen Institutionen, Abschottung gegen MigrantInnen. Für extreme Rechte bietet die SVP-Propaganda also durchaus eine Orientierungshilfe.

Zwar gibt es keine Studien zu der sozialen Herkunft der Skinheads in der Schweiz, Hans Stutz, Journalist und Rechtsextremismusexperte, weist aber darauf hin, dass ein nationalistisch gesinntes Elternhaus mit ein möglicher Faktor für die Begünstigung von rechtsextremer Gesinnung ist. In den ländlichen Gebieten des Kantons Bern hat die nationalistische Volkspartei SVP in manchen Gemeinden absolute Mehrheiten. Dass dort an Stammtischen über Ausländer und die »politische Klasse« hergezogen wird, ist keine Seltenheit. Neben der familiären Komponente kommt als weiteres auffälliges Merkmal die berufliche Situation der Skinheads dazu: In den meisten Fällen arbeiten sie in grobhandwerklichen Gewerben, als Schlosser, Mechaniker oder Fleischer. Die »durchschnittlichen Jungs« vom Lande also.

Antifa im Aufwind

Als Reaktion auf das vermehrte und gewalttätige Auftreten der Neonazis ist in der Region Bern eine Antifabewegung entstanden, die in den vergangenen zwei Jahren ein erstaunliches Mobilisierungspotential entwickelt hat. Zulauf erhalten die AntifaschistInnen insbesondere aus Regionen, wo anders(Haar-)Farbige allabendlich den Übergriffen von Neonazis ausgesetzt sind. Im Gegensatz zur Antifabewegung in Deutschland hat die Bereitschaft von staatlicher Seite, gegen das »imageschädigende« Verhalten von Nazi-Skins vorzugehen, in der Schweiz die Antifabewegung nicht in eine Sinnkrise gestürzt. Sogar eher das Gegenteil ist der Fall: Da mancherorts die neu entstandenen Neonazi-Strukturen wenig gefestigt waren und es sich meist um einen ideologisierten, gewaltbereiten Kern mit einer Anhängerschaft von frisch Bekehrten handelte, zeitigten antifaschistische Gegenaktionen durchaus Erfolge. Gerade im »braunen« Agglomerationsgürtel von Bern müssen Neonazis inzwischen vermehrt damit rechnen, dass ihre Umtriebe entweder öffentlich gemacht werden, oder dass sie auf Gegenwehr stossen.

Wenn auch solche »Auseinandersetzungen« bei Polizei und Behörden gerne zum Anlass genommen werden, um Übergriffe von Rechts herunterzuspielen, ist in der Öffentlichkeit das Bild der »gefährlichen, demokratiefeindlichen, rechten Gewalttäter« weitgehend gefestigt. Neben bekannt gewordenen Übergriffen hat die Medienkampagne vom letzten Herbst das Ihre dazu beigetragen. ■

Tschechien: Treffpunkt für Boneheads

Am 17. Februar 2001 fand in einer tschechischen Kleinstadt ein »White Power« Musik-Festival mit rund 800 Teilnehmern aus der Slowakischen Republik, Polen, Ungarn, Großbritannien und Deutschland statt, es spielte u. a. die britische B & H-Band Razors Edge. Veranstaltet wurde das Konzert von der militanten tschechischen Neonaziorganisation »Narodni opdor« (»Nationaler Widerstand«), deren Aktivisten für gezielte Angriffe auf AntifaschistInnen berüchtigt sind. Knapp zwei Monate später, in der Nacht zum 7. April fand in der mittelböhmischen Kleinstadt Sehnoraby erneut ein internationales Neonazikonzert statt, unterdessen 400 Besuchern auch viele Deutsche waren. Ende April enthüllten tschechische Zeitungen, dass der 23jährige, wegen Angriffen auf einen schwulen Club und eine Synagoge polizeibekannte Filip Vavra, einer der Anführer von Blood & Honour Tschechien, und der 66jährige Sprecher der rechtsextremen »Heimatfront« Jan Skacel an der Karls-Universität und an der Wirtschaftshochschule in Prag als »Partei-Experten« zu Seminaren eingeladen worden waren. Darüber hinaus konnte Skacel Ende April in einer Sendung des Prager Privatsenders Prima als Redner auftreten. Auch die deutsche Sektion der Hammerskins hat ihre Aktivitäten in Tschechien verstärkt. Die tschechischen Sicherheitsbehörden bezeichnen die deutschen Hammerskins als Hauptfinanzier der Neonaziszene im Land, das aufgrund der verstärkten Repressionen gegen Skinheadkonzerte in Deutschland »mittlerweile zum beliebtesten Land für internationale neonazistische Begegnungen« geworden sei. ■

Italien/Spanien: Nazi-Terrorist verhaftet

Am 1. Juli wurde der 39jährige Pasquale Belsito auf dem Busbahnhof von Madrid festgenommen. Der italienische Neonazi mit dem Spitznamen »Schwarze Blume« war zwei Jahrzehnte lang von der italienischen Polizei wegen Mordes an einem Staatsanwalt und zwei Polizeibeamten gesucht worden. Von der französischen Justiz wurde er wegen Mordversuches an einem Polizeibeamten gesucht. Belsito war sowohl in Frankreich als auch in Italien in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt worden und wurde bei seiner Festnahme von der spanischen Polizei als einer der »meistgesuchtesten rechtsextremen Terroristen Europas« bezeichnet. Auch ein anderer Fall aus dem rechtsextremen »Heißen Herbst« Italiens Ende der 60er Jahre wurde nach 32 Jahren Anfang Juli aufgeklärt. Wegen eines Bombenanschlags auf der Mailänder Piazza Fontana am 12. Dezember 1969, bei dem 16 Menschen getötet und 88 verletzt wurden, wurden jetzt vier Neonazis in Italien verurteilt. Der Haupttäter, der 54jährige Delfo Zorzi, war nach dem Anschlag in den 70er Jahren nach Japan ausgewandert und wurde dort ein erfolgreicher Geschäftsmann. Seine Mittäter waren ein heute 67jähriger Arzt aus Venedig und ein 56jähriger ehemaliger Anführer der Neonazigruppe »Phönix« aus Mailand. Alle drei wurden am 1. Juli zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Der Anschlag in Mailand, der von den Sicherheitsbehörden jahrelang linken Gruppen zugeschrieben worden und Gegenstand von bisher acht Prozessen war, bildete den Auftakt zum »heißen Herbst«, in dem Neonazis in Italien eine Reihe von tödlichen Bombenanschlägen verübten. Ein Staatssekretär der Berlusconi-Regierung warf dem Gericht jetzt »Linkslastigkeit« vor. ■

▶ Das Finkelstein-Alibi

NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte



Surmann, Rolf (Hrsg.)
Das Finkelstein-Alibi
»Holocaust-Industrie«
und Tätergesellschaft
Papy Rossa Verlag
Köln, 2001
173 Seiten, 28,- DM

» Norman Finkelsteins Buch »Die Holocaust Industrie« erschien in Deutschland während der Debatte über die Entschädigung der NS Zwangsarbeiter. Für die Opfer tat sich nichts. Immer neue Argumente brachten Politik und Industrie vor, warum die zur Verhandlung stehende Summe der Entschädigung zu hoch oder die Rechtssicherheit nicht gegeben sei. Finkelsteins Behauptung, die u.a. verhandlungsführende »Jewish Claims Conference« (JCC) habe von Deutschland bereits geleistete Zahlungen systematisch für eigene Prestigeprojekte eingesetzt und zweckentfremdet, bildete eine Steilvorlage für den Entlastungsdiskurs in der Öffentlichkeit. Der vorliegende Band setzt sich mit den Thesen Finkelsteins auseinander und versucht eine Bilanz der Debatte, deren antisemitische Subtexte und den sich abzeichnenden Paradigmenwechsel im Umgang mit der NS-Vergangenheit.

Im ersten Aufsatz des Sammelbandes setzt sich Rolf Surmann mit der Kritik Finkelsteins an der JCC auseinander. Er widerspricht der Ansicht, sie habe kein Vertretungsmandat für die Opfer, in dem er zunächst die Debatte jüdischer Organisationen nach 1945 nachzeichnet, wer denn die Opfer aus jüdischer Sicht vertreten dürfe. Surmann zeigt, dass es Finkelstein nicht um die Darstellung eines innerjüdischen Vertretungskonfliktes geht, sondern um die Delegitimierung der JCC und ihrer Ansprüche. Das Resümee: Finkelsteins Buch habe »keinen wahren Kern« und sei als »Spiegel der politisch-ideologischen Verfasstheit« in Deutschland zu lesen. Ulrike Winkler fasst in ihrem Beitrag die bisherige Entschädigungspraxis zusammen. Sie erinnert daran, dass das »Bundesentschädigungsgesetz« Zahlungen nur für Opfer rassischer, politischer und religiöser Verfolgung vorsah und nennt die Opfergruppen, welche schlicht nichts bekamen, zum Beispiel Deserteure, Sinti/Roma und eben Zwangsarbeiter. Winkler qualifiziert Finkelsteins Vergleich der JCC mit einem Judenrat in den Ghettos Osteuropas zur Zeit des Nationalsozialismus, als das, was er darstellt: Eine Uminterpretation der Opfer zu Tätern. Wie »weich« die JCC in den vergangenen Jahrzehnten deutsche Firmen angefasst hat, wenn es um Entschädigungszahlungen ging, zeigt Dieter Vaupel am Beispiel des Flick Konzerns. Mit diesem hatte die JCC jahrzehntelang verhandelt, ohne die Fakten über die Rolle von Flicks Rüstungsbetrieben im NS Zwangsarbeitssystem zu veröffentlichen. Von Verhandlungen ohne Öffentlichkeit hatte man sich jedoch vergeblich schnelle Ergebnisse zu Gunsten der Opfer erwartet.

Der zweite Teil des Bandes zeichnet die Debatte um Finkelsteins Buch, ihre antisemitischen Implikationen und den sich verändernden Umgang mit der NS-Vergangenheit nach. In einem Beitrag über »Motive sekundären Antisemitismus« beschreibt Lars Rensmann den antisemitischen (Unter-) Ton, in dem die Debatte geführt wird. Opferanwälte werden als »geldgierig« und »aggressiv« beschrieben, die zum Schicksal der Opfer ein instrumentelles Verhältnis hätten. So wird eine antisemitische Assoziationskette zum Bild des »raffenden Juden« hergestellt. Und wie in den Entschädigungsverhandlungen selbst, findet sich in der öffentlichen Debatte eine Perspektivverkehrung: Deutschland, zumal die Industrie, erscheinen als eigentliches Opfer. Am Beispiel des »Spiegel« wird aufgezeigt wo, die antisemitische Chiffre in offenen Antisemitismus umschlägt. Rensmann führt dies mit Adorno auf eine kollektive Erinnerungsabwehr zurück, da die Juden nun selbst die Erinnerung an den verdrängten Holocaust repräsentierten. Hieran anschließend untersucht Andreas Speit die Rezeption Finkelsteins in der rechtsextremen Szenerie am Beispiel neonazistischer Homepages oder der »Jungen Freiheit« (JF). Die JF hatte bereits früher Holocaust-Leugnern indirekt ein Podium geboten. In der Finkelsteindebatte greift sie den Antisemitismus der Mitte auf, so Speits Resümee.

Das Buch gibt vor allem im ersten Teil eine gute Einführung in die Hintergründe des Entschädigungsdiskurses. Die Beiträge im zweiten Teil stehen inhaltlich etwas zusammenhanglos neben einander und manchen Beiträgen ist anzumerken, dass sie für den Band kurzerhand umgeschrieben wurden. Das ist gewiss der Eile geschuldet, mit welcher der Verlag auf die Finkelsteindebatte reagieren wollte. Diese Reaktion aber ist gelungen. ■

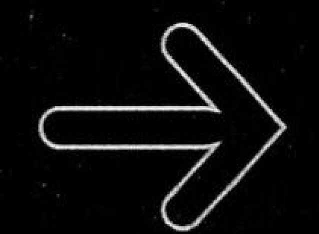
▶ White Noise

Neuauflage von White Noise widerspricht Bundesregierung

reihe antifaschistischer texte (rat) (Hrsg.)
White Noise,
Unrast Verlag,
Hamburg/Münster, 2001
167 Seiten, 24,80 DM

» Im Mai diesen Jahres ist die erweiterte, dritte Auflage des Buchs »White Noise« über die internationale Neonazi-Musik-Szene erschienen. Erweitert wurde der Band, zu dessen Mitherausgebern das AIB zählt, um einen Artikel zur Entwicklung von »Blood & Honour« nach dem Verbot in der Bundesrepublik. Entgegen den offiziellen Stellungnahmen gehen die Aktivitäten der Organisation demnach weiter. Etliche Konzerte fanden nach dem Verbot in der Bundesrepublik statt, teilweise weichen die deutschen Aktivisten auch ins Ausland aus, etwa nach Schweden oder ins nahe Tschechien. Während die Polizei einige Konzerte vor der antifaschistischen Öffentlichkeit schützte, wurden andere teilweise. gegen heftigen Widerstand der Neonazis aufgelöst. »Die Bereitschaft des rechten Publikums«, schreiben die AutorInnen, »ihre« Konzerte und somit »ihre« Erlebniswelt militant zu verteidigen, ist spürbar gestiegen. Demgegenüber spricht die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke vom Mai 2001 von einem restlosen Erfolg des Verbotes: »Es ist gelungen, die Struktur von ›Blood & Honour‹ in Deutschland nahezu vollständig zu zerschlagen und ihre Aktivitäten, insbesondere bei der Organisation von Skinhead-Konzerten, zum erliegen zu bringen.« ■





Abonniert
das antifaschistische info blatt

Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben 30,– DM

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je 6,– DM

→ ab 5 Exemplaren 20 % Rabatt

→ ab 50 Exemplaren 25 % Rabatt

* Alle Preise inclusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Backissues

Mehr als zehn Jahre Antifa und Infos in einem Blatt. Entwicklungen, Diskurse erfahren und nachvollziehen oder das eigene Archiv komplettieren, kein Problem. Einfach die vorherigen Ausgaben des Infos bestellen.

Lieferbare Ausgaben
14 | 17 | 18 | 23 bis 52

Preise sind abhängig von der gewünschten Ausgabe (zwischen 3,– und 6,– DM)

Pakete

Info-Paket A
14 | 17 | 18 | 23 bis 26 15,– DM

Info-Paket B
27 bis 33 22,– DM

Info-Paket C
34 bis 40 22,– DM

Alle Info-Pakete 50,– DM

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
15. Jahrgang | Nr. 53 | 2 . 2001

Preis 6,– DM

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
Fax 0 30 . 6 94 67 95
e-mail aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Gestaltung
mit Links gestalten

AbsenderIn

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Solidarität mit den Gefangenen in Göteborg und Genua!



Seit den Protesten gegen das EU-Treffen in Göteborg und das G8-Treffen in Genua sitzen noch etliche Menschen im Knast. Sie wurden unter haarsträubenden Begründungen festgenommen und sollen stellvertretend für uns alle zu hohen Haftstrafen verurteilt werden. International wurde gegen die Treffen der größten Industriestaaten und deren Politik zum Protest aufgerufen. Von Anfang an wurde versucht, die grundlegende Kritik an der herrschenden Politik zu kriminalisieren und als unpolitischen »Hooliganismus« zu diffamieren. In Indizienprozessen wurde bereits ein Großteil der in Schweden Inhaftierten zu drakonischen Haftstrafen verurteilt. Ein 20jähriger Gewerkschafter und ein 24jähriger Globalisierungskritiker aus Berlin wurden zu 14 bzw. 15 Monaten Haft verurteilt – sie wurden weit ab vom Geschehen willkürlich festgenommen. Ein 19jähriger aus Bad Münstereifel, der zudem von der Polizei angeschossen wurde, wurde zu 14 Monaten Haft verurteilt. Der Staatsanwaltschaft sind die Urteile zu niedrig – sie ging in Revision. Ein 25jähriger Schwede wurde gar zu vier Jahren Haft verurteilt. Die Gefangenen sitzen seit Monaten in isolierter Haft und haben kaum Kontakt zu Angehörigen und Freunden – lassen wir sie nicht allein. Spätestens seit der systematischen Mißhandlung von Gefangenen in Genua durch die Polizei und dem Mord an Carlo Giuliani ist unschwer abzusehen, womit GlobalisierungskritikerInnen rechnen müssen. Den Gefangenen drohen auch dort politische Prozesse mit hohen Strafen. Angeklagt sind sie – gemeint sind wir alle!

Unterstützt die Solidaritätsgruppen für die Gefangenen politisch und finanziell – Solidarität ist unsere Waffe.

→ **Berliner Solidaritätskomitee für die Gefangenen in Göteborg, c/o Nico Roth, Postfach 77 03 44, 13003 Berlin, solikomitee@uni.de, Tel.: 0173.1070626, Spendenkonto: Rote Hilfe e.V., Stichwort: Göteborg, Konto Nr. 7 189 590 600, Berliner Bank, BLZ 100 200 00**

→ **Berliner Ermittlungsausschuß (EA), Gneisenaustrasse 2a, 10961 Berlin, Tel.: 030.6922222 (Di. 20.00–22.00) oder aab@mail.nadir.org Spendenkonto: Rote Hilfe e.V., Stichwort: Genova-Gefangene, Konto-Nr.: 191 100 462, Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46**